



IDA-Infomail

Nummer 2

April 2020, 21. Jg.

Editorial	S. 1
● Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
● Vielfalt-Mediathek	S. 10
● Mitgliedsverbände	S. 12
● Aktion, Information	S. 14
● Literatur	S. 23
● Seminare, Tagungen	S. 27
● Corona-Pandemie	S. 30
● Impressum	S. xx

Editorial

In der aktuellen Corona-Krise scheint sich jede*r selbst am nächsten: Der Rückzug auf die „eigene“ Nation verstärkt durch Grenzsicherungen und Reise-Einschränkungen folgt der Konzentration auf die individuelle Situation. Der individuelle Fokus liegt auf dem eigenen Infektionsschutz, auf Herausforderungen durch Homeoffice, Kinder- und Angehörigenbetreuung und Social Distancing sowie auf dem Ausharrenden zwischen Freiheitsbeschränkungen und sinnvollen Schutzmaßnahmen.

Gleichzeitig leben auf den griechischen Inseln Geflüchtete unter miserablen Hygienebedingungen, ohne die Möglichkeit, Abstandsregeln einzuhalten, und im Vergleich zur Situation vor Corona mit noch geringerer Perspektive, in gesicherten Verhältnissen anzukommen. Die Aufnahme von 47 Minderjährigen nach Deutschland ist angesichts der über 7.000 Kinder und Jugendlichen, die allein im Lager Moria ausharren, alles andere als ausreichend und hinterlässt den Geschmack, die etablierte Politik wolle damit AfD-Wähler*innen zurückgewinnen. Dabei stehen aufgrund der Pandemie in Deutschland mehr als genügend Hotelbetten frei, die zur Unterbringung aller rund 25.000 in Moria lebenden Menschen ausreichen könnten. Es kann nicht die Lösungsstrategie sein, Menschen, die sich in Lagern und Sammelunterkünften befinden, mit der drohenden Infektionswelle sich selbst zu überlassen. Die europaweite Akzeptanz dieser unmenschlichen Situation und der fehlende politische Einsatz für diese Menschen sind unvereinbar mit den Grundwerten der EU.

Die Corona-Krise schiebt diese zentralen humanitären und politischen Themen an den Rand, obwohl sie neue Facetten von Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Rechtsextremismus hervorbringt und zugleich bekannte Muster verstärkt: Auch nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau gehen rassistische und antisemitische Angriffe online und offline weiter; in neuem Ausmaß erleben das Menschen, denen eine asiatische Herkunft zugeschrieben wird. Kinder aus Migrationsfamilien werden im Homeschooling nicht nur sprachlich benachteiligt. Auch ihre Erreichbarkeit für (digitale) Angebote der Kinder- und Jugendarbeit ist im Vergleich zu anderen Kindern eingeschränkt. Für Geflüchtete, die teils seit Jahren in Sammelunterkünften leben müssen, verstärkt die Corona-Pandemie die ohnehin schon bestehende Isolation und mangelnde Teilhabe – es sei denn, sie sind als letzte Reserve für die Spargelernte verwertbar (Guten Appetit!).

Menschen erfahren durch die aktuelle globale Situation vermehrt Ungleichwertigkeit und Ungerechtigkeit, ihnen wird vermittelt, nicht zu zählen, unsichtbar zu sein. Es gibt also und gab schon immer genügend Gründe, gegen den Status Quo zu protestieren. Unter den gegebenen Umständen müssen neue Formen des Protests gefunden werden, um auf die Situation der vielen Vergessenen aufmerksam zu machen. Unsere Gedanken, Unterstützung und unser Dank gelten deshalb allen, die sich weiter für Schutzbedürftige engagieren und protestieren und damit den Status Quo verändern wollen.

Nora Warrach und Sebastian Seng

IDA informiert:

■ Save the date: IDA-Training „Eindeutig uneindeutig?“ – Ein Training zum Umgang mit Widersprüchen in der diskriminierungskritischen Jugendarbeit

9. Oktober, 12 Uhr, bis 10. Oktober 2020, 15 Uhr,
Jugendbildungsstätte Unterfranken, Würzburg

Gut oder böse? Wahrheit oder Fake? „Männlich“ oder „weiblich“? Mit oder ohne „Migrationshintergrund“? Hinter dem Stichwort „Ambiguitätstoleranz“ (auch: Widerspruchstoleranz) verbirgt sich die Fähigkeit, Mehrdeutigkeiten auszuhalten und anzuerkennen. Menschen, die das gut können, fällt es leichter, unterschiedliche politische, religiöse oder gesellschaftliche Überzeugungen und Lebenseinstellungen anzuerkennen. Sie kommen besser damit klar, dass es keine absoluten Wahrheiten gibt, sondern viele unterschiedliche Perspektiven, die sich zwar teilweise widersprechen können, aber doch mit gleicher Wahrscheinlichkeit gültig sind. Merkmale für eine auffallend geringe Ambiguitätstoleranz sind hingegen u. a. Wahrheitsobsession, Geschichtsverneinung und Reinheitsstreben.

Im IDA-Training möchten wir mit den Teilnehmenden die Fähigkeit trainieren, mit Widersprüchen und Uneindeutigkeiten in der eigenen Bildungsarbeit umzugehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Gesprächsmethode und Haltung Mahloquet. Sie ist der jüdischen Tradition entnommen und wurde für den deutschen Kontext von Leah Carola Czollek und Gudrun Perko weiterentwickelt. Mittlerweile wird sie erfolgreich in Bereichen der Konfliktlösung, der Mediation, der Erwachsenenbildung und Lehre sowie im Social Justice und Diversity-Training angewandt.

Mit Hilfe dieser Methodik widmen wir uns folgenden Fragen: Wie lässt sich Ambiguitätstoleranz erkennen? Was bedeutet sie für die eigene Kinder- und Jugendarbeit? Wie lässt sich das Konzept vermitteln? Wie hängt Ambiguitätstoleranz mit Diskriminierung sowie

rechtsextremen und -populistischen Einstellungen zusammen und was bedeutet das für deren Bearbeitung?

Das IDA-Training richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche sowie an freiberufliche Trainer*innen, die in der Jugend(verbands-) und -bildungsarbeit tätig sind, sowie an Studierende. Wir setzen die Bereitschaft voraus, sich kritisch mit der eigenen Haltung und Arbeitspraxis auseinanderzusetzen. Um dem Seminar inhaltlich folgen zu können, sind mindestens deutsche Sprachkenntnisse der Stufe B2 notwendig. Wenn Bedarf an einer Sprachmittlung oder DGS-Übersetzung bestehen sollte, sprechen Sie uns gerne an. Die Jugendbildungsstätte Unterfranken ist barrierefrei zugänglich. Weitere Informationen sind zu finden unter <https://www.jubi-unterfranken.de/>.

Durchgeführt wird das IDA-Training von Sarah Gräf (Social Justice & Diversity-Trainerin), Sebastian Seng und Nora Warrach (Bildungsreferent*innen bei IDA e. V.).

Das IDA-Training findet statt, sofern aktuelle CoViD-19-Beschränkungen Zusammenkünfte zulassen. Andernfalls werden wir zeitnah über eine mögliche Alternative informieren.

Info:

Sebastian Seng und Nora Warrach
Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismuserbeit e. V.
Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55 65
info@idaev.de

■ IDA-Online-Fachtag zum „Umgang mit Rechtspopulismus in der Jugend(verbands)arbeit“

Häufig wird gefragt: Wer wählt die AfD oder sympathisiert mit ihr? Die Beantwortung dieser Frage sagt aber noch wenig darüber aus, warum ein Teil der Bevölkerung offen für die Politikangebote der AfD ist. Lassen sich

Menschen vor allem mobilisieren, weil sie von den wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre abgehängt wurden? Wollen sie den demokratischen Parteien einen „Denkzettel“ verpassen? Oder ist die Partei für Menschen interessant, die sich mit ihren Ungleichwertigkeitsideologien in der Programmatik der Partei und den Aussagen ihrer Vertreter*innen wiederfinden?

Die Frage, wie die Wahl und Sympathie der bzw. für die AfD zu erklären ist, ist unerlässlich für eine wirksame Präventionsarbeit, die sich Demokratieförderung und Menschenrechtsorientierung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Daher stellen wir zu Beginn der Webinar-Reihe verschiedene Erklärungsansätze vor und diskutieren sie. Darauf aufbauend fragen wir in den anschließenden Online-Workshops: Welche Herausforderungen ergeben sich aus den AfD-Wahlerfolgen und rechtsterroristischen Anschlägen für die Jugend(verbands)arbeit? Welchen Einfluss haben Geschlechterbilder und geschlechtsbezogene Sozialisierungserfahrungen auf das Sympathisieren mit der AfD? Wie können die demokratische Kultur und Zivilgesellschaft vor Ort gestärkt werden und welche Rolle können Jugendverbände dabei spielen? Wie lässt sich erklären, dass Menschen mit der AfD sympathisieren, die selbst Rassismus und Antisemitismus erleben? In der Abschlussveranstaltung werden wir die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Workshops sowie offene Fragen zusammentragen und uns darüber austauschen, welche Strategien sich ableiten lassen, damit Jugendverbände und Jugendarbeit Rechtspopulismus wirksam begegnen können.

Die Online-Fachtage wenden sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen der Jugend(verbands)arbeit.

Programm

Montag, 15. Juni, 10:00 bis 12:00 Uhr
Einführungsveranstaltung und -vortrag: Er-

klärungsansätze für Wahl und Sympathisieren mit der AfD, mit Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena)

Donnerstag, 18. Juni, 10:00 bis 13:30 Uhr

10:00 bis 11:30 Uhr: Herausforderungen und Bedarfe für die Jugend(verbands)arbeit mit Fokus auf MJSO, mit Özge Erdogan (BDAJ)

12:00 bis 13:30 Uhr: Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen extrem rechten Populismus, N. N.

Montag, 22. Juni, 14:00 bis 17:30 Uhr

14:00 bis 15:30 Uhr: Stärkung der demokratischen Kultur und Zivilgesellschaft vor Ort in Zeiten der AfD, mit Tobias Burdukat (Dorf der Jugend Grimma)

16:00 bis 17:30 Uhr: Eigene Rassismuserfahrungen als Erklärung für AfD-Sympathien unter Menschen of Color?, N. N.

Dienstag, 23. Juni, 14:00 bis 16:00 Uhr

Abschlussveranstaltung

Die Programmpunkte sind einzeln belegbar. Die Anmeldung erfolgt über die Veranstaltungsseite unter <https://www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/anmeldung/register/result/reguid/hmac/ida-online-fachtag-zum-umgang-mit-rechtspopulismus-in-der-jugendverbandsarbeit/>. Angemeldete Personen erhalten wenige Tage vor Beginn der Online-Fachtage die Zugangsdaten.

Wir legen Wert auf einen respektvollen Umgang miteinander. Die Veranstaltenden behalten sich deshalb vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

■ Online-Veröffentlichung zur Anti-Bias-Bildung erschienen – Bildungsarbeit gegen Voreingenommenheiten und Diskriminierungen

Mit dem Ansatz der Anti-Bias-Bildung werden Voreingenommenheiten und Einseitigkeiten in Bezug auf verschiedene gesellschaftliche Differenzlinien bearbeitet. Dadurch werden strukturelle Schief lagen und Diskriminierungen sichtbar. Dies ermöglicht es Handlungsspielräume auszuleuchten und als von Diskriminierung und Vorurteilen betroffene Person in eine aktive Rolle zu kommen. Gleichzeitig ermöglicht der Ansatz eine Sensibilisierung

für die Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft und für die Lebensrealitäten verschiedener benachteiligter Gruppen. Mit der Veröffentlichung unterstützt IDA die pädagogische Bearbeitung von Diskriminierungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Autor der Online-Veröffentlichung ist Dr. Prasad Reddy, der Gründer und Geschäftsführer des in Bonn ansässigen Zentrums für Soziale Inklusion, Migration und Teilhabe (ZSIMT). Er ist promovierter Erziehungswissenschaftler und verfügt über mehrjährige internationale Erfahrung als Experte, Projektleiter, Berater und Referent in den Bereichen der Diversity Management im Non-Profit Bereich und gesellschaftliche Teilhabe. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth leitet die Veröffentlichung mit einem Vorwort ein.

Herausgeber ist das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e.V. (IDA). IDA versteht sich als das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder Rassismuskritik, Rechtsextremismus, Migrationspädagogik und Diversität.

„Hier bist Du richtig, wie Du bist!“

Theoretische Grundlagen, Handlungsansätze und Übungen zur Umsetzung von Anti-Bias-Bildung für Schule, Jugendarbeit, Soziale Arbeit und Erwachsenenbildung

Prasad Reddy
mit einem Vorwort von Claudia Roth

IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e.V.

Die Veröffentlichung findet sich zum kostenlosen Download unter <https://www.idaev.de/publikationen/online-veroeffentlichung-zur-anti-bias-bildung/>.

Prasad Reddy: „Hier bist du richtig, wie Du bist“ – Theoretische Grundlagen, Handlungsansätze und Übungen zur Umsetzung von Anti-Bias-Bildung für Schule, Jugendarbeit, Soziale Arbeit und Erwachsenenbildung. Düsseldorf 2019: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e. V., 198 Seiten, ISBN 978-3-9821886-0-7

■ Neuer Reader der Vielfalt-Mediathek zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erschienen – Haltung zeigen! – jetzt erst recht. Bildungsmaterialien für Demokratie, Anerkennung und Vielfalt

Die Broschüre gibt einen Überblick über das vielfältige Repertoire an Methoden, Konzepten und Informationen zu den unterschiedlichen Themenfeldern der Vielfalt-Mediathek und damit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der ersten Förderperiode von 2015 bis 2019.

Sie bietet anhand von Beispielen einen Einstieg in unterschiedliche Themen, stellt Projekte vor und gibt mit Methoden und Materialien Anregungen für die praktische Arbeit.

In der Broschüre werden folgende Themen und entsprechende ausgewählte Projekte vorgestellt:

- Methoden gegen Rassismus und für Empowerment,
- Präventive und intervenierende Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Argumentationshilfen gegen rechtspopulistische Vereinfachungen,



- Grundlagen für eine diskriminierungsfreie Pädagogik in der Vor- und Grundschule,
- Konzepte gegen primären und sekundären Antisemitismus,
- Unterstützungsangebote für Multiplikator*innen in der Geflüchtetenarbeit,
- Informationen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt,

- Ideen, um präventiv gegen religiösen Fundamentalismus zu wirken, und
- Konzepte zur Prävention und Maßnahmen gegen Hate Speech.

Die Veröffentlichung findet sich zum kostenlosen Download unter https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/Broschuere_Vielfaltmediathek_Screenversion.pdf.

IDA-NRW informiert:

■ Neu bei IDA-NRW – Fachbereich für rassismuskritische Praxisentwicklung in Institutionen und Trägern der politischen Bildungsarbeit

Zwei neue Kolleg*innen sind seit Februar 2020 im Rahmen von IDA-NRW als Referent*innen im neuen Fachbereich für rassismuskritische Praxisentwicklung in Institutionen und Trägern der politischen Bildungsarbeit tätig. Das Ziel des Fachbereichs ist, rassismuskritische und intersektionale Veränderungsprozesse anzustoßen und das Themenfeld Rassismuskritik in den landesweiten Strukturen in NRW zu verankern. Durch Unterstützung und Erarbeitung von rassismuskritischen Handlungsstrategien sowie die Begleitung von institutionellen Prozessen soll eine Sensibilität zum Umgang mit Rassismus, Rassismuserfahrungen und mit diskriminierenden Strukturen geschaffen werden. Dadurch kann Rassismuskritik in den institutionellen Strukturen nachhaltig etabliert werden.

Dahlia Al Nakeeb hat Sozialarbeit und Internationale Beziehungen studiert. Ihre Tätigkeiten reichten in Großbritannien, Österreich und Deutschland von der Kinder- und Jugendhilfe, über Präventionsarbeit bis hin zur Arbeit mit Geflüchteten.

B. D. hat Sozialpädagogik und Soziale Arbeit sowie „Empowerment Studies“ studiert. Ihre Schwerpunkte sind u. a. Diversity, Gesellschaftspolitik, Rassismus(-kritik), rechte Gewalt aus der Betroffenenperspektive, Migration, Antimuslimischer Rassismus, Empowerment und Rechtsextremismus.

Neues aus dem projekt.kollektiv

■ Analoge Bildungs- und Beratungsangebote des projekt.kollektiv

Wegen der aktuellen gesetzlichen Vorgaben und insgesamt unsicheren Situation mussten die in naher Zukunft geplanten Workshops und Vorträge des projekt.kollektiv abgesagt bzw. verschoben werden. Wir hoffen natürlich sehr,

dass wir im Laufe des zweiten Halbjahres auch wieder „analoge“ Bildungsangebote und Veranstaltungen durchführen können. Bei Interesse könnt ihr uns gerne schon jetzt kontaktieren, um Workshops, Vorträge und Veranstaltungen rund um das Themenfeld Rassismuskritik und Empowerment-Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht zu planen.

Mehr Informationen zum projekt.kollektiv: <https://www.IDA-NRW.de/wir-ueber-uns/projekte/>

Projektreferent*innen: Cecil Arndt, Marcus Ehrich (Cuso), Kolja Koch

Kontakt:

Tel: 02 11 / 15 92 55-67 und -70

projekt.kollektiv@IDA-NRW.de

■ projekt.kollektiv goes #digital – Rassismuskritische Online-Austauschräume für interessierte junge Menschen und Fachkräfte der Jugendarbeit in NRW

In Zeiten von Kontaktverboten, geschlossenen Kitas, Schulen und Jugendtreffs sowie abgesagter Workshops und Tagungen wird das projekt.kollektiv in naher Zukunft vor allem auf digitalen Wegen daran arbeiten, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht weiterzuentwickeln und Impulse zu setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern.

Wir haben im Angesicht der aktuellen Situation erste Online-Formate entwickelt und bieten ab Ende April zunächst drei digitale Austauschräume für interessierte junge Menschen und Fachkräfte – mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten und Zielgruppen – an. Die Austauschräume

Rassismuskritische Jugendarbeit in Zeiten von Corona: Online-Austauschraum für Fachkräfte

Online-Austauschraum, in dem wir uns gemeinsam darüber austauschen können, was die gegenwärtige Situation angesichts aktueller Notwendigkeiten und Bedarfe für uns und unsere rassismuskritischen Handlungsansätze bedeutet.

05.05.2020 | 14:00 Uhr

▶ projekt.kollektiv

IDA-NRW informiert:

werden im Format einer Online-Videokonferenz angeboten und durch Referent*innen unseres Projektteams organisiert und moderiert.

- Distanzen überbrücken – Online-Austauschraum für von Rassismus betroffene (junge) Menschen in Zeiten von „Social Distancing“ (Dienstag, 28. April: 14-17 Uhr)
- Solidarisch & rassistuskritisch im Corona-Alltag? Online-Austauschraum für junge Menschen (Donnerstag, 30. April: 14-17 Uhr)
- Rassistuskritische Jugendarbeit in Zeiten von Corona: Online-Austauschraum für Fachkräfte (1. Termin: Dienstag, 5. Mai: 14-17 Uhr (ausgebucht), 2. Termin: Dienstag, 19. Mai: 14-17 Uhr)

Wegen des großen Interesses an unseren Online-Angeboten planen wir, in naher Zukunft auch weitere Online-Austauschräume und Webinare für junge Menschen und rassistuskritisch interessierte Fachkräfte der Jugendarbeit anzubieten.

Mehr Informationen und aktuelle Infos zu den Online-Angeboten des projekt.kollektiv unter <https://www.IDA-NRW.de/veranstaltungen/>.

■ projekt.kollektiv goes #instagram

Das projekt.kollektiv erweitert die Social-Media-Aktivitäten und wir freuen uns sehr, unseren neuen Instagram-Account zu präsentieren. Folgt

uns also ab jetzt für News und Einblicke aus unserer rassistuskritischen Projektarbeit gerne auch bei #insta und sagt es euren Kolleg*innen, Freund*innen und Verbündeten weiter!

Link zum Instagram Account: <https://www.instagram.com/projekt.kollektiv>.



"Wie können wir gemeinsam für rassistuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten und eine solidarische Praxis entwickeln?"

projekt.kollektiv

Auch über Facebook gibt das projekt.kollektiv bereits seit einiger Zeit regelmäßige Einblicke in die Projektarbeit und wir teilen dort u. a. Kurzberichte und Bilder von Projektveranstaltungen, aber auch relevante Veranstaltungshinweise und Lesetipps.

Link zum Facebook Account: <https://www.facebook.com/projekt.kollektiv-501836163499189/>.

■ Mehr Menschen in NRW von rechter Gewalt betroffen

Pressemitteilung von OBR und BackUp vom 27. April 2020

2019 gab es in Nordrhein-Westfalen (NRW) 202 rechte Gewalttaten mit mindestens 322 direkt betroffenen Menschen, darunter eine zunehmende Anzahl von Kindern. Dies ist das Ergebnis der Jahresstatistik der Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp, den beiden Beratungsstellen für Betroffene extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter (kurz: rechter) Gewalt.

Die beiden Beratungsstellen registrierten 2019 eine leichte Abnahme der rechten Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der von dieser Gewalt direkt betroffenen Menschen. So wurden vermehrt Menschen angegriffen, verletzt oder massiv bedroht, die zu zweit oder in größeren Gruppen unterwegs waren. 14 % der Betroffenen waren unter 18 Jahre alt.

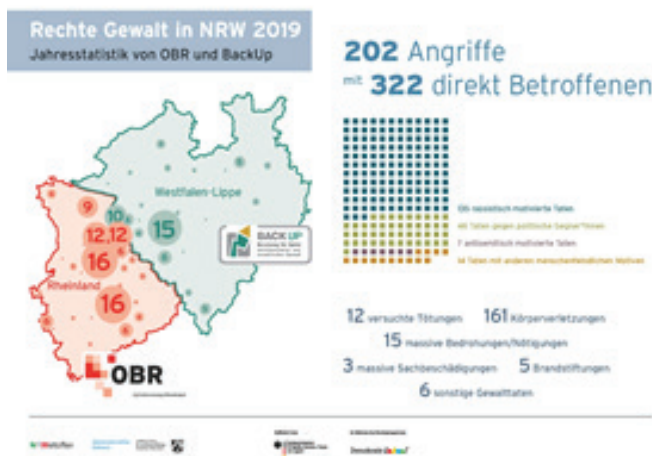
Das häufigste Tatmotiv war, wie in den Vorjahren, Rassismus: 67 % aller 2019 registrierten Gewalttaten waren rassistisch motiviert, mindestens 239 Menschen wurden wegen ihrer (vermeint-



Opferberatung Rheinland

IDA-NRW informiert:

lichen) Herkunft oder Religionszugehörigkeit angegriffen und zum Teil erheblich verletzt. Zu den Betroffenen zählen Menschen, die seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben oder in Deutschland geboren wurden, Schwarze Menschen, Muslim*innen, Rom*nija und Geflüchtete.



Die beiden Beratungsstellen weisen seit Jahren auf das erschreckende Ausmaß rassistischer Gewalt und die zunehmende Unsicherheit betroffener Menschen und Gruppen hin. Sie unterstützen Angegriffene und Geschädigte und fordern in jedem Einzelfall die gesellschaftliche Solidarität mit den Opfern. Dies allein reicht aber aus Sicht der Beratungsstellen nicht: „In NRW könnte die Einrichtung einer oder eines Landesbeauftragten gegen Rassismus eine wichtige Maßnahme sein, um die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Solidarität in Politik und Öffentlichkeit bewusster zu machen“, so Birgit Rheims von der OBR.

Angriffe auf sogenannte „politische Gegner*innen“ haben 2019 gegenüber den Vorjahren erneut zugenommen (2019: 46, 2018: 43, 2017: 34). Rund 23 % aller 2019 registrierten Gewalttaten richteten sich gegen Menschen, die sich politisch und zivilgesellschaftlich gegen Rechts extremismus und Rassismus einsetzen oder für Demokratie, Pluralität und Geflüchtete engagierten.

Die Jahresbilanz 2019 der OBR und BackUp dokumentiert vor allem versuchte Tötungen (6 % der Angriffe), einfache und gefährliche Körperverletzungen (79 %), Brandstiftungen (knapp 3 %) sowie einige Bedrohungen und Sachbeschädigungen (9 %), die aufgrund ihrer massiven Folgen für die Geschädigten als Gewalttat gewertet werden.

Besonders erschreckend war die Gewalttat in Bottrop und Essen zum Jahreswechsel 2018/2019. Ein Mann war aus rassistischen Motiven mehrmals gezielt mit seinem Auto in feiernde Menschengruppen gefahren. Vor dem Landgericht Essen wurde der Täter in zwölf Fällen wegen Mordversuchs angeklagt. Mindestens 69 Menschen waren laut Anklage direkt von der rassistisch motivierten Tat betroffen. „Dass der Täter vor Gericht für schuldunfähig befunden wurde, war für viele schwer zu verkraften. Die Anerkennung einer rassistischen Tat als solche ist für die Betroffenen enorm wichtig, um das Erlebte besser verarbeiten zu können“, sagt Sabrina Carrasco Heiermann von BackUp. „Rassismus muss als solcher benannt werden – auch wenn der Täter psychisch krank ist“.

Detaillierte Informationen und Grafiken sind im Hintergrundpapier „Monitoring rechter Gewalt in NRW 2019“ unter https://www.opferberatung-rheinland.de/fileadmin/user_upload/pdf/Hintergrundpapier_Monitoring_rechter_Gewalt_in_NRW_2019.pdf zu finden.

Info:

Birgit Rheims

OBR – Opferberatung Rheinland – Beratung und Unterstützung für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Volmerswertherstraße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 1 57 60 52 66

Fax: 02 11 / 1 57 60 52 10

www.opferberatung-rheinland.de

www.facebook.com/opferberatung.rheinland

IDA-NRW informiert:

■ OBR hält Beratung und Unterstützung per Telefon und E-Mail aufrecht – Bildungsarbeit wird digital

Veränderungen innerhalb der Opferberatung Rheinland in Folge von CoViD-19 zeigen sich sowohl in der Beratung als auch in der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. So baut die OBR ihre Social-Media-Aktivitäten aus. Im April 2020 wurde neben der verstärkten Präsenz auf Facebook auch ein Twitter-Account eingerichtet. Des Weiteren sollen bisherige Bildungsangebote digital angepasst werden, um zukünftig Webinare und Online-Austauschräume zu schaffen. Um trotz der geltenden Kontaktbeschränkungen den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt eine adäquate Beratung und Unterstützung zu bieten, wurde die Beratung von der bisherigen aufsuchenden Arbeit ins Homeoffice verlegt. Somit wird aktuell via Telefon und

E-Mail der Kontakt zu den Beratungsnehmenden aufrechterhalten. Um die Qualität der Beratung auch unter Quarantänebedingungen längerfristig sicherzustellen, befinden sich momentan verschiedene Beratungssoftwares im Testverfahren. Wir hoffen unseren Beratungsnehmenden somit zeitnah zumindest digital wieder von Angesicht zu Angesicht gegenüber sitzen zu können.

Info:

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel: 02 11 / 15 76 05 26 0 oder 02 11 / 15 76 05 29 5

info@opferberatung-rheinland.de

Beratungsteam

Tel: 01 78 / 81 13 90 0

info@opferberatung-rheinland.de

anonym über das Onlineformular der OBR unter <https://www.opferberatung-rheinland.de/beratung/>

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Webseite www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek präsentiert in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt, neue Materialien, Veranstaltungstipps sowie Literaturhinweise. Zur Anmeldung [hier](#).



■ Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Menschenwürde online verteidigen. 33 Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft

98 S., Sachinformation, Broschüre

Demokratiefeind*innen wollen durch ihre Aktivitäten in den Sozialen Medien den Eindruck vermitteln, dass sie den Mehrheitswillen wiedergeben. Natürlich ist das nicht so, aber aufgrund mangelnder Ressourcen können viele Nichtregierungsorganisationen, trotz vieler guter Ideen, keine effektive Gegenwehr ausüben. Die Broschüre will das ändern und unterstützt mit ihren 33 Tipps gemeinnützige Organisationen in ihrem Engagement im Netz. Es wurde darauf geachtet, dass sie für kleine Teams, ohne großes Budget und spezielles Know-how umsetzbar sind. <https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6920/menschenw-rde-online-verteidigen-33-social-media-tipps-f-r-die-zivilgesellschaft.html>



■ Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (Hg.): lebensweltnah & partizipativ. Mit Peer Education gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie fördern, Berlin, 2019

80 S., Sachinformation / Broschüre

Die Publikation basiert auf dem Fachaustausch von Organisationen, die mit dem Ansatz der Peer-Education arbeiten. Unterschiedliche Bereiche der politischen Bildung wurden abgedeckt. Das Ziel der Broschüre ist, den Ansatz Peer Education vorzustellen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, Unterschiede auszumachen, Praxisansätze vorzustellen und eine konsensfähige Definition zu finden. <https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6914/lebensweltnah-partizipativ-mit-peer-education-gesellschaftliche-vielfalt-und-dem.html>



■ Modus - Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH (Hg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, 2019

33 S., Sachinformation, Unterrichtsmaterial / Arbeitshilfe / Broschüre

Wie können pädagogische Multiplikator*innen mit extrem rechten Aussagen und Handlungen umgehen, die von weiten Teilen der Gesellschaft kaum noch als rechts oder gar rechtsextrem identifiziert und so zunehmend als „normal“ angesehen werden? Das Projekt „Teach2Teach“ hat dazu wirksame pädagogische Herangehensweisen und ein variables, auf die jeweiligen Zielgruppen und Themen anpassbares Seminarkonzept für das pädagogische Personal in der Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickelt.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6919/rechtspopulismus-und-rechtsextremismus.html>

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:



■ Bundesverband für Kindertagespflege e. V. (Hg.): Demokratie und Partizipation von Anfang an. Eine Broschüre für Kindertagespflegepersonen und Fachberater*innen, 2019

56 S., Sachinformation, Broschüre

Kinder, die schon früh die Erfahrung machen, dass ihre Meinung wertgeschätzt wird und dass sie bei wichtigen Themen mitentscheiden dürfen, verinnerlichen diese demokratischen Werte und setzen sie im späteren Leben auch im gesellschaftlichen Zusammenleben, eher um. Die Broschüre hat sich dieser Thematik gewidmet, auch weil im Kitabereich viel dazu publiziert wurde bzw. wird, aber der Bereich Kindertagespflege meist davon ausgenommen war bzw. ist.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6933/demokratie-und-partizipation-von-anfang-an-eine-brosch-re-f-r-kindertagespflegep.html>

■ Neuer Reader der Vielfalt-Mediathek zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Haltung zeigen! – jetzt erst recht. Bildungsmaterialien für Demokratie, Anerkennung und Vielfalt

Die Broschüre gibt einen Überblick über das vielfältige Repertoire an Methoden, Konzepten und Informationen zu den unterschiedlichen Themenfeldern der Vielfalt-Mediathek und damit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der ersten Förderperiode von 2015 bis 2019.

Sie bietet anhand von Beispielen einen Einstieg in unterschiedliche Themen, stellt Projekte vor und gibt mit Methoden und Materialien Anregungen für die praktische Arbeit.

In der Broschüre werden folgende Themen und entsprechende ausgewählte Projekte vorgestellt:

- Methoden gegen Rassismus und für Empowerment,
- Präventive und intervenierende Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Argumentationshilfen gegen rechtspopulistische Vereinfachungen,
- Grundlagen für eine diskriminierungsfreie Pädagogik in der Vor- und Grundschule,
- Konzepte gegen primären und sekundären Antisemitismus,
- Unterstützungsangebote für Multiplikator*innen in der Geflüchtetenarbeit,
- Informationen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt,
- Ideen, um präventiv gegen religiösen Fundamentalismus zu wirken, und
- Konzepte zur Prävention und Maßnahmen gegen Hate Speech.

Die Veröffentlichung findet sich zum kostenlosen Download unter https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/Broschuere_Vielfaltmediathek_Screenversion.pdf.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

■ Solidarität ist keine Einbahnstraße – Jugendpolitisches Positionspapier der Naturfreundejugend Deutschlands zum Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie

In einem aktuellen Positionspapier setzt sich die Naturfreundejugend mit ihrer Haltung der Solidarität, Nachhaltigkeit und Demokratie mit der derzeitigen medizinischen und gesamtgesellschaftlichen Ausnahmesituation auseinander. Alle getroffenen Maßnahmen zur

Solidarität ist keine Einbahnstraße!



Bekämpfung der Virusausbreitung müssen trotz der gebotenen Eile stets angemessen und verhältnismäßig bleiben. Versamm-

lungsfreiheit und europäische Freizügigkeit sind sobald wie möglich vollumfänglich wieder herzustellen, fordert die Naturfreundejugend, und geht davon aus, dass wir in Zeiten von Nationalismus und Angriffen auf Demokratie und Zivilgesellschaft nach der Krise signifikant mehr Ressourcen für grenzüberschreitende Arbeit und Demokratieförderung benötigen werden.

„Wütend und beschämt sind wir über die Tatsache, dass während in der Europäischen Union Billionen an Wirtschaftshilfen in die Hand genommen werden, die Gesundheit der Menschen in Flüchtlingslagern, wie auf Lesbos, den europäischen Staaten offenbar vollkommen gleichgültig scheint. Die Geflüchteten aus diesen Lagern, darunter viele Kinder und Jugendliche, sind umgehend von den EU-Mitgliedsstaaten aufzunehmen!“

Aus der solidarischen Entscheidung, die eigenen Verbandsaktivitäten einzuschränken, dürfe jedoch kein Nachteil für unsere hauptamtlichen

Mitarbeitenden, Honorarkräfte und Kooperationspartner*innen erwachsen: „Niemand darf seiner Existenzgrundlage beraubt werden, weil er verantwortungsbewusst und solidarisch agiert. Solidarität ist keine Einbahnstraße!“

Durch unsere Verbandsaktivitäten erleben und erfahren Kinder und Jugendliche Demokratie und gestalten die Gesellschaft aktiv mit. Demokratiebildung und -förderung sind angesichts der antidemokratischen Tendenzen und den rechtsextremen Angriffen heute noch wichtiger als selten zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Deshalb sind die Strukturen der Jugendverbände vollständig zu erhalten.“

Daraus leitet die Naturfreundejugend Forderungen ab, wie Bund, Länder und Gemeinden ihre Arbeit uneingeschränkt unterstützen können. Diese sind in der vollständigen Version des Positionspapiers nachzulesen unter https://www.naturfreundejugend.de/beitraege/-/show/4795/solidaritaet_ist_keine_einbahnstrasse/.

■ Rassismus im Fußball – Interview mit Angelika Ribler von der Sportjugend Hessen

„Dein SPIEGEL“, ein Nachrichtenmagazin für Kinder, hat mit Angelika Ribler, Leiterin des Referats Jugend- und Sportpolitik bei der Sportjugend Hessen, über Rassismus im Fußball gesprochen. In dem Interview geht es um Äußerungsformen von Rassismus im Fußball und darum, was Kinder, Mitspieler*innen und Trainer*innen tun können, um Rassismus entgegenzutreten. Das Interview ist nachzulesen unter <https://www.spiegel.de/deinspiegel/rassismus-im-fussball-was-du-dagegen-tun-kannst-a-a4ff3520-f9e4-4a3a-9ad0-2b4a61546dcb>.



■ Corona macht keinen Unterschied zwischen uns, aber die Gesellschaft umso mehr.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken fordern ein Ende der rassistischen Isolation und Abschottung gegen Geflüchtete sowie sichere und menschenwürdige Unterkünfte für Alle! In ihrer Stellungnahme kritisieren die Falken die beengte Unterbringung Geflüchteter in



zentralen Massenunterkünften, da es in diesen Einrichtungen nicht möglich ist, die Regeln wie Zuhausebleiben, 1,5 Meter Abstand halten und regelmäßiges Händewaschen einzuhalten. Ebenso kritisieren die Falken die menschenun-

würdigen Bedingungen, unter denen Geflüchtete auf den griechischen Ägäis-Inseln in Lagern leben müssen, genauso wie immer noch stattfindende Abschiebungen, die die Verbreitung des Corona-Virus begünstigen können. Auch die Möglichkeiten, Geflüchtete als Erntehelfer*innen

einzusetzen, sehen die Falken kritisch: "Es zeugt schon von einer gehörigen Portion Menschenverachtung, wenn die sonst in Stein gemeißelte Isolation von Geflüchteten vom Arbeitsmarkt nur dann aufgehoben werden soll, wenn es knallharten ökonomischen Interessen und der Sorge um das deutsche Gemüse dient."

Im Einzelnen fordern die Falken daher:

- die sofortige Öffnung der EU-Außengrenzen für die Geflüchteten in der türkisch-griechisch-bulgarischen Grenzregion, die Schließung von Massenunterkünften und die Bereitstellung menschenwürdiger Unterkünfte!
- Eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung für alle Geflüchteten, die bereits in Deutschland sind!
- Die sofortige offizielle Aussetzung jeglicher Abschiebungen und
- die Bereitstellung von sicheren Unterkünften für obdachlose Menschen!

Die vollständige Stellungnahme ist zu finden unter <https://www.wir-falken.de/aktuelles/meldungen/10826782.html>.

Bundesweite Aktionen, Informationen:

■ DBJR – Jugendverbände gegen Rassismus

Statement vom 20. März 2020

Als demokratisch organisierte Jugendverbände sind wir in Vielfalt vereint. Wir stehen für die Gleichberechtigung aller Geschlechter, Inklusion, Religionsfreiheit, sozialer Rechte und Gerechtigkeit. Unsere verbandsübergreifenden Werte sind Pluralität, Demokratie und Freiheit.



Matthias Schröder, DBJR-Vorstandsmitglied, sagt: „Wir sind immer noch geschockt über die jüngsten Ereignisse

in Hanau. Diese beweisen erneut, dass aus rassistischen Denkmustern rassistisch motivierter Terror folgen kann. Und wir wissen gleichzeitig, dass Rassismus sich nicht nur in tätlichen Übergriffen ausdrückt, sondern ein strukturelles und alltägliches Problem in unserer Gesellschaft ist. Wirkungsvolles antirassistisches Engagement muss dort ansetzen. Dies geschieht in unseren Mitgliedsorganisationen insbesondere durch politische, diversitätswusste und antirassistische Bildungsarbeit.“

Wir als Deutscher Bundesjugendring stellen uns gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen gegen Rassismus. Wir zeigen Gesicht, wir erheben die Stimme. Immer und überall.

Der gesamte Artikel kann nachgelesen werden unter <https://www.dbjr.de/artikel/jugendverbände-gegen-rassismus/>.



■ DIG verurteilt antisemitische Angriffe auf Israelisches Holocaust-Gedenken

Pressemitteilung vom 21. April 2020

Während einer im Internet organisierten Ge-

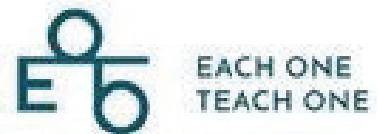
denkveranstaltung der Israelischen Botschaft in Deutschland zum Holocaust-Gedenktag, dem Yom ha'Shoah, wurden von jüden- und israel-feindlichen Täter*innen antisemitische Kommentare und Bilder gezeigt, sodass der Ablauf der Veranstaltung unterbrochen werden musste. „Ich bin zutiefst bestürzt darüber, dass ganz offensichtlich antisemitische Israelgegner eine Gedenkveranstaltung der Israelischen Botschaft im Internet für Angriffe auf den Jüdischen Staat und zur Verbreitung von antisemitischer Hetze und Hass missbraucht haben. Wer selbst das Gedenken an die Opfer der Shoah zum Angriff auf Jüdisches Leben missbraucht, muss mit aller Härte der Gesetze verfolgt werden. Ich werde selbst Anzeige wegen Volksverhetzung stellen und hoffe, dass man der Täter habhaft wird“, erklärte der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Uwe Becker. Die gesamte Mitteilung kann hier nachgelesen werden <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/pressemitteilung/dig-verurteilt-antisemitische-angriffe-auf-israelisches-holocaust-gedenken/>.

■ #AFROZENSUS-Onlinebefragung startet

Der #AFROZENSUS ist eine groß angelegte Onlinebefragung, bei der erstmals die Lebensrealitäten, Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven

Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland (ab 16 Jahren) erfasst

werden. Die Ergebnisse der Befragung dienen dazu, Schwarze Communities zu empowern und gleichzeitig die Datengrundlage zu schaffen, um den Druck auf die deutsche Politik zu erhöhen, Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland besser zu fördern und zu schützen. Die Online-Befragung startet im Mai / Juni 2020, eine Registrierung für Menschen afrikanischer Herkunft ist hier möglich: <https://afrozensus.de>.



■ Neuausrichtung der EU-Asylpolitik: Bündnis fordert Wahrung der Rechte von Kindern

Ein breites Bündnis von 42 Menschen- und Kinderrechtsorganisationen tritt dafür ein, dass



**Deutsches
Kinderhilfswerk**

die Rechte von Kindern in der Neuausrichtung der gemeinsamen euro-

päischen Asylpolitik gewahrt werden. In einem offenen Brief fordern die Organisationen die Bundesregierung dazu auf, während der im Juli 2020 beginnenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, die Rechte und den Schutz von Kindern und vulnerablen Personen – wie unbegleiteten Kindern – auf europäischer Ebene voranzutreiben. Der offene Brief kann hier nachgelesen werden: www.dkhw.de/kinderrechte-in-asyllpolitik.

■ Rechtsextremismus im Netz: Giffey stellt aktuellen Lagebericht von jugendschutz.net vor

Pressemitteilung vom 16. April 2020

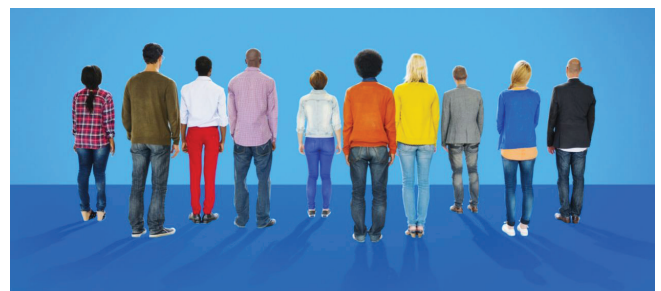
Rechtsextreme nehmen insbesondere über Social-Media-Kanäle immer stärker Jugendliche ins Visier und versuchen die Corona-Krise zu instrumentalisieren. Das zeigt der Lagebericht „Rechtsextremismus im Netz 2018/19“, den Bundesjugendministerin Dr. Franziska Giffey vorgestellt hat. Erarbeitet und herausgegeben wurde der Bericht von jugendschutz.net, dem Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet.

“Für mich ist der Lagebericht ein Alarmzeichen, gerade auch in Zeiten von Corona. Denn mit kruden Verschwörungstheorien und Fake News versucht die rechtsextreme Szene derzeit auch junge Menschen für sich zu gewinnen. Über das Internet können sie sich nahezu ungehindert direkten Zugang in die Kinderzimmer

verschaffen“, sagt Bundesjugendministerin Giffey. Auch <http://www.jugendschutz.net> und das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beobachten, dass Rechtsextreme aktuell versuchen, die Corona-Krise für ihre Propaganda zu instrumentalisieren.

Die gesamte Pressemitteilung sowie zusätzliche Informationen und Materialien stehen unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/rechtsextremismus-im-netz--giffey-stellt-aktuellen-lagebericht-von-jugendschutz-net-vor-/154790> zur Verfügung.

■ Antirassismuskommission empfiehlt Deutschland Wege zur besseren Bekämpfung von Hassverbrechen



In einem aktuellen Bericht analysiert die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) Entwicklungen in Deutschland und richtet 15 Empfehlungen für konkrete Maßnahmen an die deutschen Behörden. Dabei geht es insbesondere um die Bekämpfung von Extremismus und Hassrede, die bessere Integration von Migranten sowie mehr Unterstützung für intersexuelle Personen. Weitere Informationen stehen unter folgendem Link bereit <https://www.jugendhilfeportal.de/politik/sozialpolitik/artikel/antirassismuskommission-empfehl-deutschland-wege-zur-besseren-bekaempfung-von-hassverbrechen/>. Der ECRI-Bericht ist hier als PDF einsehbar <https://rm.coe.int/ecri-report-on-germany-sixth-moni->

toring-cycle-german-translation-/16809ce4c0.

■ Neue Entwicklungen in der Debatte um die Gemeinnützigkeit politischer Bildung



Im letzten Jahr haben wir in der Infomail regelmäßig darüber berichtet, wie sich die Debatte über die Gemeinnützigkeit von politisch

engagierten Vereinen entwickelte (Infomail 02/2019, S. 13, https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/infomail/infomail_2019/Infomail_02_2019_Web.pdf; Infomail 03/2019, S. 15, https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/infomail/infomail_2019/Infomail_03_2019_Web.pdf). Wie die taz am 28. Februar 2020 berichtete, hat sich das von Olaf Scholz (SPD) geführte Bundesfinanzministerium nun mit den Finanzministerien der Länder darauf geeinigt, dass bis Ende 2021 "aus Vertrauensschutzgründen" keinen weiteren Vereinen auf der Grundlage dieses Urteils die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll (<https://taz.de/Nach-Attac-Urteil-zu-Gemeinnuetzigkeit!/5664084/>). Bis dahin soll das Gemeinnützigkeitsrecht überarbeitet werden. Nachdem der Vorschlag im Dezember 2019 noch am Widerstand einzelner Länder gescheitert war, trugen ihn bei einem Treffen auf Abteilungsleitersebene in Berlin dann aber alle mit.

Zwei Tage zuvor war das Hessische Finanzgericht (HFG) bei einer erneuten Entscheidung über die Gemeinnützigkeit von Attac der Rechtsauslegung des Bundesfinanzhofs (BFH) vom Februar 2019 gefolgt und hatte die Klage von Attac gegen das Frankfurter Finanzamt abgewiesen, das dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt hatte (<https://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/attac-wird-gemeinnuetzigkeit-bis-zum-verfassungsgericht-verteidigen/>). Laut Attac kritisierten die Richter*innen des HFG die

restriktive Rechtsauslegung des BFH. Der vorsitzende Richter bemängelte, dass der BFH die gesellschaftlichen Auswirkungen seines Urteils nicht bedacht und den Bildungsbegriff zu eng ausgelegt habe. Attac hat bereits angekündigt, Revision beim BFH einzulegen, um den Rechtsweg ausschöpfen und notfalls Verfassungsbeschwerde einlegen zu können.

Nach dem Urteil des HFG hatte Attac den Bundesfinanzminister aufgefordert "schnellstmöglich klare gesetzliche Regelungen zu schaffen, die es gemeinnützigen Organisationen ermöglichen, sich politisch zu äußern. Es kann nicht sein, dass ein Verein, der sich beispielsweise gegen Rassismus einsetzt, seine Gemeinnützigkeit riskiert. Wir brauchen Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen, die sich selbstlos demokratisch engagieren." Diese Forderung hatten nach dem ersten Attac-Urteil zahlreiche weitere Vereine gefordert und sich in einer Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung e. V. zusammengeschlossen.

Diese hat Ende Oktober eine Charta Zivilgesellschaft und Demokratie veröffentlicht (<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/die-allianz/charta-fuer-zivilgesellschaft-und-demokratie/>). Darin wird gefordert, dass die Bundesregierung das demokratische Engagement der Zivilgesellschaft verteidigt, weil dieses wesentlich für die Demokratie sei. Diesen Grundsatz müsse die Bundesregierung auch bei einer Reform der Abgabenordnung beachten. Unterstützt wird die Allianz mit ihren Forderungen auch von der Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V. (<https://freiheitsrechte.org/gemeinnuetzigkeit/>).

Bereits im Oktober und November hatte das Urteil des BFH die ersten negativen Folgen für zwei Vereine gehabt. Zuerst erkannte

Charta für
Zivilgesellschaft
und Demokratie

Wir sind dabei!

das Finanzamt in Ludwigsburg dem soziokulturellen Verein "Demokratisches Zentrum Ludwigsburg" die Gemeinnützigkeit ab (<https://www.demoz-lb.de/2019/11/11/pressemitteilung-kulturzentrum-in-ludwigsburg-verliert-gemeinnuetzigkeit/>); siehe auch die Stellungnahme der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V., <https://www.soziokultur.de/bsz/node/2796?fbclid=IwAR3Z-Nf2snf7fKRZX00YI2ngmtJVdeqCq1ucxg-qt0x0jAoFOtefrfMmkz9jg>). Laut Pressemitteilung warf das Finanzamt dem DemoZ vor, dass es sich politisch positioniert, beispielsweise durch kapitalismuskritische Veranstaltungen. Zudem kritisiert das Finanzamt, dass die Angebote des DemoZ nicht der Allgemeinheit dienen, da Menschen, die der extremen Rechten zuzuordnen sind, von den Veranstaltungen des Vereins ausgeschlossen sind.

Kurz darauf entzog das Finanzamt für Körperschaften I des Landes Berlin der Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit und stellte Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe (<https://vvn-bda.de/antifaschismus-muss-gemeinnuetzig-bleiben-schwerer-angriff-auf-die-vvn-bda/>). Die Finanzbehörde berief sich auf Behauptungen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, die VVN-BdA sei „linksextremistisch beeinflusst“. Die Last zur Widerlegung dieser Behauptung sah das Finanzamt bei der VVN-BdA. Diese Beweislastumkehr zulasten des Vereins und potenziell anderer Vereine kritisierte die Allianz Rechtssicher für politische Willensbildung scharf und forderte deren Streichung aus der Abgabenordnung (<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/vvn-bda-verliert-gemeinnuetzigkeit/>).

Im Forum Wissenschaft beschäftigen sich die Juristen Andreas Fisahn und Thomas Schmidt mit den jüngsten Aberkennungen der Gemeinnützigkeit (<https://www.vdj.de/>

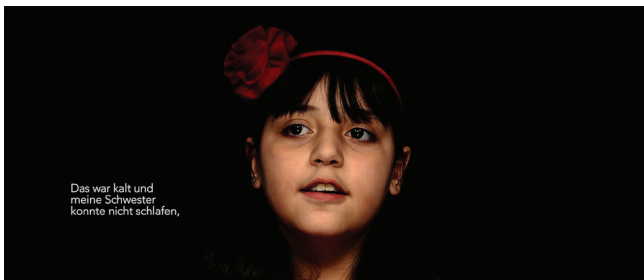
[mitteilungen/nachrichten/nachricht/gemeinnuetzigkeit-kein-gnadenakt-des-finanzamtes/](#)). Sie argumentieren, dass die Abgabenordnung einerseits gegen den Bestimmtheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstoße. Denn sie enthalte keine klaren Vorgaben für Vereine, um erkennen zu können, ob ihr Verhalten zu einer Aberkennung führen kann oder nicht. Andererseits verstoße sie gegen den Gleichheitsgrundsatz, da die Zusammenstellung der gemeinnützigen Zwecke willkürlich und zufällig sei.

Daneben kritisieren die Autoren das BFH-Urteil gegen Attac und die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA. Darauf aufbauend entwickeln sie einen Vorschlag zur Reform der Abgabenordnung, der auf der Grundannahme basiert, dass der Wunsch der Bürger*innen sich aktiv am demokratischen Willensbildungsprozess in Form von Vereinen zu beteiligen, grundsätzlich als gemeinnützig anerkannt werden sollte. U. a. fordern sie, dass der Katalog der gemeinnützigen Zwecke z. B. um die Förderung der Menschen- und Grundrechte und den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus ergänzt werden. Außerdem sollte klargestellt werden, „dass politische Bildung für Demokratie und Menschenrechte nicht neutral und objektiv sein muss.“ Mit Blick auf die momentan praktizierte Beweislastumkehr bei Erwähnung im Verfassungsschutzbericht verlangen Fisahn und Schmidt eine Abschaffung, da die Unschuldsvermutung auch für ein Verfahren nach der Abgabenordnung gelten müsse.

■ Dokumentarfilm „Newcomers“ von Ma’an Mousli

„Newcomers“ ist ein Dokumentarfilm, in dem Geflüchtete ihre Geschichte selbst erzählen. Junge und Alte, Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlichen Geschlechts und sexueller Orientierung; Menschen mit und ohne Behinderung. Menschen aus über acht verschiedenen Ländern. In rund hundert Interviews, die vom Film-Team rund um den preisge-

krönten syrischen Regisseur Ma'an Mouslli und die afghanische TV-Redakteurin Arezao Naiby deutschlandweit geführt wurden, treten ihre Geschichten in einen Dialog miteinander. Sie erzählen vom Tragischen, aber auch vom Schönen und Hoffnungsvollen: Von Verfolgung, Krieg und den Umständen der Flucht, aber auch von Träumen und Kindheitserinnerungen, vom stetigen Kampf für Freiheit und Würde. Trotz aller Unterschiede zeigen sich Umriss einer Grunderfahrung des Lebens im Exil. Wie fühlt es sich an, neu in eine Gesellschaft zu kommen? Wohin mit der Vergangenheit, mit den Erinnerungen an das was war? Was heißt es, „Flüchtling“ in Deutschland zu sein? „Newcomers“ geht Fragen wie diesen nach.



Der Film entstand in Kooperation mit Exil - Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e. V. und dem Caritasverband Osnabrück. Der Trailer steht hier zur Verfügung: www.newcomers-film.de.

Info:

info@newcomers-film.de

Tel: 05 41 / 38 06 99 14

■ Informationspapier „Alternativen zum ‚Migrationshintergrund‘“

Der Begriff „Migrationshintergrund“ steht zunehmend in der Kritik. Er sagt nichts über die Lebensrealitäten von Menschen aus und die statische Erfassung ist zu komplex, so Fachleute. Welche Alternativen gibt es? Der MEDIENDIENST hat Vorschläge in einem Infopapier zusammengestellt. Das Informationspapier kann hier nachgelesen werden https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier_Alternativen_Migrationshintergrund.pdf. Zudem fasst

dieser Artikel die wichtigsten Ergebnisse zusammen <https://mediendienst-integration.de/artikel/alternativen-zum-migrationshintergrund.html>.

■ Engagiert, kreativ und vereint - Neue Wege in der muslimischen Jugendarbeit

Erkenntnisse aus 5 Jahren Projektarbeit im Modellprojekt „Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken“

Die muslimische Jugendarbeit in Deutschland zeichnet sich durch eine große Diversität und Dynamik aus. In der ersten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hat die RAA Berlin das Modellprojekt „Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken“ durchgeführt und die Ergebnisse in einer Broschüre dokumentiert. Sie zeigt erfolgreiche Praxisbeispiele auf und bietet wissenschaftliche Hintergrundinformationen. IDA-Geschäftsführer Ansgar Drücker hat einen Text zur „Öffnung bestehender Strukturen der Jugendarbeit“ für die Broschüre verfasst. Sie steht zum kostenlosen Download unter <https://tinyurl.com/y8899r9q> bereit.

Das Modellprojekt der RAA Berlin wird mit neuer Ausrichtung unter dem Titel „Gemeinsam stark gemacht – für eine vielfältige und demokratische Jugend“ seit Januar 2020 in Zusammenarbeit mit muslimischen Jugendvereinen fortgesetzt. Neben der Förderung innovativer Ansätze einer selbstbestimmten, demokratiefördernden Jugendarbeit von und für junge Musliminnen und Muslime in Sachsen, Thüringen, Baden Württemberg und Berlin steht in den nächsten Jahren die Vernetzung und die Unterstützung des Strukturbaus der muslimischen Jugendselfstorganisationen auf Bundesebene im Fokus.

Das Bündnis muslimischer Jugendvereine, das sich aus Netzwerktreffen im Vorgängerpro-



jekt heraus gebildet hat, wird im Projekt weiter unterstützt. Die beteiligten muslimischen Jugendvereine suchen gemeinsame Ziele und Interessen. Das Projekt unterstützt die Selbstorganisationen junger Musliminnen und Muslime beim Strukturaufbau und der Professionalisierung.

Infos:

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.

Boyenstraße 41

10115 Berlin

Tel: 030 / 24 04 51 30

kontakt@jugendarbeit-staerken.de

www.jugendarbeit-staerken.de

■ Broschüre „Irgendwie Hier! Flucht – Migration – Männlichkeiten“

Mit dieser Veröffentlichung stellt die LAG Jungenarbeit NRW zentrale Themen und Perspektiven der Geschlechterpädagogik im Kontext von Flucht und Migration vor. Außerdem werden Praxisprojekte vorgestellt, welche die LAG Jungenarbeit NRW im Jahr 2019 durchgeführt hat. Diese Broschüre soll einen beispielhaften Einblick bieten, wie die Arbeit mit geflüchteten jungen Menschen geschlechtsspezifisch erweitert werden kann. Die Broschüre steht unter folgendem Link zur Verfügung https://lagjungenarbeit.de/files/lag_files/veroeffentlichungen/Broschueren/Irgendwie_Hier_Dokumentation_2019.pdf.

■ Broschüre „Die Sahara – Europas tödliche Außengrenze II“

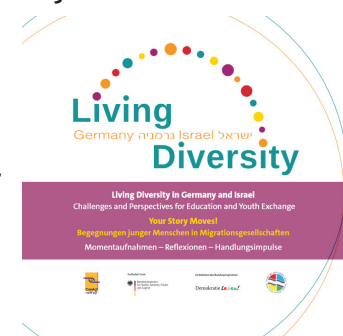
In der Broschüre – herausgegeben von borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen & Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung – beschäftigen sich die Autor*innen mit den tödlichen Folgen der



Migrationspolitik der EU. Sie zeigt, wie nordafrikanische Staaten in das Grenzkontrollregime der EU einbezogen werden und wie sich dies auf die Migrationsrouten von Flüchtenden und die Situation von Geflüchteten aus Subsahara-Afrika auswirkt. Die Publikation kann heruntergeladen werden unter <http://bildungswerk-boell.de/de/2020/02/19/die-sahara-europas-toedliche-aussengrenze-ii>.

■ Living Diversity in Germany and Israel: Your Story Moves! Begegnungen junger Menschen in Migrationsgesellschaften

Die Broschüre „Your Story Moves! Begegnungen junger Menschen in Migrationsgesellschaften: Momentaufnahmen – Reflexionen – Handlungsimpulse“ wirft ein Licht auf die Migrationsgesellschaften Deutschlands und Israels und auf einige Herausforderungen, die sie für Pädagog*innen und Jugendarbeiter*innen darstellen. Die Publikation dokumentiert ferner eine Vielzahl von Erkenntnissen und Erfahrungen, die die Teilnehmer*innen beider Länder im Rahmen von Austauschprojekten gesammelt haben. Basierend auf den Beobachtungen und Erfahrungen werden Ideen für Maßnahmen zur Planung und Umsetzung eines diversitätsbewussten Jugendaustauschs in unseren Migrationsgesellschaften in Deutschland und Israel vorgeschlagen. Das Ziel, die individuellen Biografien und Erfahrungen der Teilnehmer zu erfassen und wertzuschätzen, kann eine echte Stärkung sein und gleichzeitig als Schlüssel dienen, um Gemeinsamkeiten jenseits traditioneller Kategorien zu finden. Eine Printausgabe der Broschüre kann kostenlos bei info@conact-org.de bestellt werden. Die digitale Version der Broschüre kann auf Deutsch (https://www.conact-org.de/fileadmin/user_upload/pdf/Liv-Div_YSM_GER.pdf) und auf Hebräisch (https://www.conact-org.de/fileadmin/user_upload/pdf/



[LivDiv_YSM__HEB.pdf](#)) heruntergeladen werden.

■ Pädagogische Auseinandersetzung mit aktuellen Formen des Antisemitismus

Im Auftrag der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Themenfeld „Aktuelle Formen des Antisemitismus“ der ersten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2015-2019) am Deutschen Jugendinstitut (DJI) ist ein Diskussionspapier von Monique Eckmann und Gottfried Köppler veröffentlicht worden, in dem Qualitätskriterien für die pädagogische Auseinandersetzung mit modernen Erscheinungsformen des Antisemitismus benannt werden. Das Diskussionspapier kann hier nachgelesen werden https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/FGJ4/Eckmann_Koessler_2020_Antisemitismus.pdf.

■ Dossier der boell-stiftung sachsen #nichtneutral

Nicht nur Rechtspopulist*innen fordern „Neutralität“ von Schulen, unterstellen Lehrkräften Indoktrination und schüren Misstrauen gegen Aufklärung und Haltung. Dabei kennt der Beutelsbacher Konsens lediglich ein Kontroversitätsgebot und ein Überwältigungsverbot. Das Sächsische Schulgesetz formuliert einen humanistischen und keinen „neutralen“ Bildungsauftrag. Und in dem Beschluss der Kultusministerkonferenz mit dem Thema „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ (Oktober 2018) wird klargestellt, dass Schule kein wertneutraler Ort ist, wie hier nachgelesen werden kann: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf. Zur Begründung heißt es: „Das pädagogische Handeln in Schulen ist von demokratischen Werten und Haltungen getragen, die sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes und aus den Menschenrechten ableiten lassen.“

Dennoch sind viele Lehrende angesichts politischer und fachlicher Angriffe auf die schulische Praxis unter anderem durch „Online-Pranger“ der Partei AfD verunsichert und / oder geraten in unnötige Verteidigungssituationen gegenüber Leitungen, Aufsichtsbehörden und Eltern. Informationen, die Orientierung und Information bieten sollen, sind hier zusammengestellt: <https://weiterdenken.de/de/nichtneutral>.

■ Neue RISE-Plattform gelauncht

Wie können Jugendliche gegen „extremistische“ Ansprachen gestärkt werden? Im Projekt RISE entwickeln Jugendliche eigene Positionen und bringen sich mit ihren Perspektiven medial ein. Ihre Medienproduktionen werden durch pädagogische Materialien gerahmt und Fachkräften für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt. RISE konzentriert sich auf fünf thematische Arbeitsfelder, die für die Präventionsarbeit relevant sind: (1) Gesellschaftskritik, (2) Religion und Werte, (3) Rassismus, (4) Gender und (5) Pluralismus. Die Plattform wird fortlaufend ausgebaut und steht unter folgendem Link zur Verfügung: www.rise-jugendkultur.de.

■ Bundeskriminalamt bietet SeKoR-Datenbank zur Radikalisierungsforschung

Die Forschungsstelle „Terrorismus / Extremismus“ des Bundeskriminalamts hat mit der nationalen und internationalen Service- und Kontaktstelle Radikalisierungsforschung – kurz: SeKoR – eine Anlaufstelle eingerichtet, die als Überblicksplattform über Forschungsprojekt und Studien über „Radikalisierung“, „Extremismus“ und Terrorismus dienen soll.

Seit Beginn diesen Jahres sind Informationen über SeKoR, eine frei zugängliche Forschungsdatenbank, Monitoringberichte, sowie Ankündigungen zu Konferenzen, Workshops und weiteren Veranstaltungen im Bereich der Radikalisierungsforschung auf der Webseite www.sekor.network verfügbar.

■ Zeit zum Hören und Lesen? – Podcasts und Bücher zu Migrationsthemen

Für alle, die in Zeiten der Pandemie Beschäftigung für zu Hause suchen, hat der Mediendienst Integration unter <https://mediendienst-integration.de/artikel/buecher-und-podcasts-zu-migrationsthemen> eine Sammlung von Podcasts und Büchern zusammengestellt, die sich mit Migration, Identität und Liebe beschäftigen. Passend dazu hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung den ManyPod – den Podcast der Vielen ins Leben gerufen. Es handelt sich um einen Gesprächs-Podcast, in dem Vincent Bababouilabo und Massimo Perinelli die Kämpfe der Migration mit Menschen aus der Bewegung, der Wissenschaft, Kultur und Politik diskutieren. Der Podcast steht zur Verfügung unter <https://www.rosalux.de/publikationen/mediathek/manypod>.

■ Förderung für Projekte gegen Antisemitismus und Antiziganismus

Die Stiftung EVZ fördert Organisationen, die nicht wegsehen, sondern sich mit anderen



zusammen-schließen, wenn Hass gegen Jüd*innen, Romnija, Roma, Sinti*ze oder andere Gruppen

auftritt. Die Bewerbung ist bis zum 24. Mai 2020 möglich unter <https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/handeln-fuer-menschenrechte/coalition-building.html>.



[tion-building.html](https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/handeln-fuer-menschenrechte/coalition-building.html).

■ Deutscher Diversity-Tag

Die aktuelle Situation stellt die Gesellschaft und die Wirtschaft vor große Herausforderungen. Was jetzt zählt, ist Zusammenhalt – wir gemeinsam als großes gemischtes Team. Unsere Ideen einer wertschätzenden Gesellschaft sind aktueller denn je und es gibt viele Menschen, die sich engagieren. Aus diesem Grund haben wir uns dazu entschlossen den DDT20 gemeinsam am 26. Mai 2020 auf digitalen Wegen stattfinden zu lassen. Zeigen Sie mit uns, dass Vielfalt Gesellschaft und Arbeitswelt verbindet.

Diversity goes on: Am 8. Deutschen Diversity-Tag am 26. Mai 2020 kann virtuell #Flagge-fürVielfalt! gezeigt werden und es gibt zahlreiche Online-Aktionen, die unter folgendem Link aufgeführt werden <https://www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag/ideenfinder-fuer-ihre-passende-aktion/online-aktionen/>. Die Aktionsanmeldungen



für den Deutschen Diversity-Tag 2020 sind in diesem Jahr aufgrund von CoViD-19 ganzjährig möglich. Weitere Informationen und Anmeldung stehen unter folgender Webseite bereit <https://www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag/ueber-den-deutschen-diversity-tag/>.

■ Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2021 in Essen

Unter dem Motto „Wir machen Zukunft – Jetzt!“ findet vom 18. bis zum 20. Mai 2021 der 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) in Essen statt. Der DJHT wird von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ veranstaltet und ist Europas größter Fachkongress mit integrierter Fachmesse für den Bereich Kinder- und Jugendhilfe. Interessierte Aussteller*innen aus den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe können Sie sich noch bis zum 31.

Juli 2020 für die Teilnahme an der Fachmesse bewerben: <https://www.jugendhilfetag.de>.

■ **Kostenfreies Online-Training zur Europäischen Menschenrechtskonvention**

Für politische Bildner*innen im Bereich der Menschenrechtsbildung werden eine starke Haltung und gute rechtliche Kenntnisse immer wichtiger. Für alle, die in der aktuellen Situation die Zeit finden, sich weiterzubilden, könnte dieses Angebot eine gute Investition sein: Der Europarat hat eine aktualisierte Version seines kostenfreien Online-Kurses „Einführung in die Europäische Menschenrechtskonvention“ veröffentlicht. Das interaktive fünfstündige Format richtet sich nicht nur an Jurist*innen, sondern auch an

Vertreter*innen der öffentlichen Verwaltung, der Zivilgesellschaft sowie an Studierende. Der Online-Kurs enthält Module zur Europäischen Menschenrechtskonvention, zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und zum ersten Mal auch zur Ausführung der Urteile des Straßburger Gerichtshofs, die essentiell dazu beitragen, Menschenrechtsstandards anzuheben. Die neue Version des Kurses ist seit 1. April 2020 in 19 Sprachen verfügbar, darunter auch auf Deutsch: <https://www.adb.de/content/kostenfreies-online-training-zur-europaischen-menschenrechtskonvention>. Weitere Kurse und Informationen stehen unter folgendem Link bereit: <http://help.elearning.ext.coe.int/course/index.php?categoryid=356>.

Literatur und Materialien

■ ... zum Thema Rechtsextremismus

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien, Berlin 2020

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Toxic Narratives. Monitoring alternative-right actors, Berlin 2017

CJD Hamburg, Projekt Dekonstrukt (Hg.): Methodenkoffer. Bildungsmaterialien für pädagogische Interventionen im Feld der Neuen Rechten (inkl. USB-Stick), Hamburg 2019

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichwertigkeit (FIPU) (Hg.): Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung (kritik & utopie). Wien: mandelbaum, 2. durchgesehene Aufl., 2017

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichwertigkeit FIPU (Hg.): Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven (kritik & utopie), Wien/Berlin: mandelbaum, 2019

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit unter Mitarbeit von Poetsch, Steffen/Hilgers, Lisa/Kronies, Antonia sowie Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian/Kerber, Alexander/Yakin, Bejan (IDA e. V.): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen (Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e. V. (Hg.): FGW Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03), Düsseldorf 2019

Hufer, Klaus-Peter: Argumente gegen Parolen und Populismus. Aktualisierter Auszug aus Klaus-Peter Hufer: „Argumente am Stammtisch“, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

IFAK e. V. - Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe - Migrationsarbeit, Präventionsprojekt re:vision (Hg.): Mehr Licht als Schatten. Prävention im Strafvollzug und Bewährungshilfe NRW, Bochum 2019

Kaufmann, Fabian/Sierts, Lenaim im Auftrag des CJD Hamburg, Projekt Dekonstrukt (Hg.): Impulse. Texte zur pädagogischen Auseinandersetzung

mit der Neuen Rechten. Überblicke - Analysen - Einordnungen, Hamburg 2019

Kazim, Hasnain: Auf sie mit Gebrüll! ... und mit guten Argumenten. Wie man Pöblern und Populisten Paroli bietet, München/Hamburg: Penguin/Spiegel-Verlag, 2020

Kleinmann, Sarah: Verbindungen und Brüche. Über (Neo-)Nationalsozialismus und die staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus (Relationen - Essays zur Gegenwart 12), Berlin: Neofelis, 2020

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit e. V.) (Hg.): dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit Themenheft: Aufstehen gegen Rechts! Prävention und Umgang mit Rechtsextremismus in der Jugendsozialarbeit, 12. Jg., Ausgabe 22/2019, Berlin 2019

Meisner, Matthias/Kleffner, Heike (Hg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg/Basel/Wien: Herder, 2019

Opferberatung Rheinland (Hg.): Was tun nach einem rechten oder rassistischen Angriff? Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen, 2. aktualisierte und erweiterte Aufl., Düsseldorf 2019

Stegemann, Patrick/Musyal, Sören: Die rechte Mobilmachung. Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen, Berlin: Econ, 2020

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (Hg.): Reichsbürger in Deutschland. Gefährliche Blindgänger? Seminarfacherbeit einer 12. Klasse eines Erfurter Gymnasiums, Erfurt 2019

■ ... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Ahmad, Zubahir: Politische Theorie, Religion und postkoloniale Kritik, Baden-Baden: Tectum, 2019

- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Aufstehen! Nicht aussitzen! Einfache Werkzeuge zum Umgang mit Judenhass unter Jugendlichen, Berlin 2020
- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Online-Lebenswelten als Orte der Radikalisierung. Hate Speech in islamistisch, türkisch- und russisch-nationalistisch geprägten Online-Szenen, Berlin 2019
- Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Diskriminieren Mädchen* und Jungen* anders? Pädagogischer Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Berlin 2019
- Benz, Wolfgang: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 3. aktualisierte Aufl., 2020
- Bergmann, Klaus: Multiperspektivität. Geschichte selber denken (Methoden Historischen Lernens), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 3. Aufl., 2016
- Binder, Christina/Debus, Tessa/Holzleithner, Elisabeth/Kreide, Regina/Krennerich, Michael/Pollmann, Arnd/Weyers, Stefan (Hg.): Zeitschrift für Menschenrechte/Journal for Human Rights. Menschenrechte im Ausnahmezustand, 13. Jg., Nr. 2/2019, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019
- Bizeul, Yves/Rudolf, Dennis Bastian (Hg.): Gibt es eine kulturelle Identität? Baden-Baden: Nomos, 2020
- Botmann, Daniel/Kiesel, Doron für den Zentralrat der Juden in Deutschland (Hg.): Militärrabbiner in der Bundeswehr. Zwischen Tradition und Herausforderung, Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2019
- Dark Horse Innovation (Autor*innen: Frech, Monika/Beinke, Christian/Konrad, Greta): Thank God it's Monday! Wie wir die Arbeitswelt revolutionieren, Econ, 5. Aufl., 2019
- Drücker, Ansgar/Baron, Philip im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Antimuslimischer Rassismus und Muslimische Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2019
- Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat e. V. (Hg.): „Tu deinen Mund auf für die Anderen“. Themenheft 2020, Bad Nauheim 2019
- Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat e. V. (Hg.): „Tu deinen Mund auf für die Anderen“. BLICKPUNKT Schule und Gemeinde (Beilage zum Themenheft 2020), Bad Nauheim 2019
- Gloe, Markus/Rademacher, Helmolt (Hg.): Demokratische Schule als Beruf. 6. Jahrbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019
- Harbord-Blome, Mathis/Klären, Ina/Wollgarten, Sigrid im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (Hg.): Haltung zeigen! - jetzt erst recht. Bildungsmaterialien für Demokratie, Anerkennung und Vielfalt, Düsseldorf 2019
- Hornuff, Daniel: Hassbilder. Gewalt posten, Erniedrigung liken, Feindschaft teilen (Digitale Bildkulturen), Berlin: Wagenbach, 2020
- Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 10. Aufl., 2016
- Marz, Ulrike: Kritik des Rassismus. Eine Einführung (theorie.org), Stuttgart: Schmetterling, 2020
- Masala, Carlo (Hg.): Zur Lage der Nation. Konzeptionelle Debatten, gesellschaftliche Realitäten, internationale Perspektiven (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 36), Baden-Baden: Nomos, 2018
- Michalski, Marcin/Oueslat, Ramses Michael (Hg.): „standhalten - Rassismuskritische Unterrichtsmaterialien und Didaktik für viele Fächer mit Kurzfilm (mit DVD), 2. erweiterte und aktualisierte Aufl., Hamburg 2019

Peters, Katharina/Vennmann, Stefan (Hg.): Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus, Duisburg: Situationspresse Loeven & Gerry, 2020

Prasad, Nivedita/Muckenfuss, Katrin/Foitzik, Andreas (Hg.): Recht vor Gnade. Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Salzborn, Samuel (Hg.): Schule und Antisemitismus. Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Seng, Sebastian/Warrach, Nora im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) (Hg.): Rassismuskritische Öffnung. Herausforderungen und Chancen für die rassismuskritische Öffnung der Jugend(verbands)arbeit und Organisationsentwicklung in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2019

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Bundesvorstand (Hg.): Strukturelle Prävention sexualisierter Gewalt (24 Stunden sind kein Tag, Nr. 41), Berlin 2020

Thiagarajan, Sivasailam/Gisevius, Annette/van den Bergh, Samuel/Kehrbaum, Tom: Interaktive Trainingsmethoden 2. Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Wochenschau (Hg.): Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Themenschwerpunkt: 30 Jahre Mauerfall. Demokratie und nun? 4. Jg., Nr. 2/2019, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

■ ... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: 1945, 70. Jg., 4-5/2020, 20. Januar 2020, Bonn 2020

■ ... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Dogramaci, Burcu/Szymanski-Düll, Berenika/Rathert, Wolfgang (Hg.): Leave, left, left. Migrationsphänomene in den Künsten in aktueller und historischer Perspektive, Berlin: Neofelis, 2020

Institut für Kulturanalyse e. V. (Hg.): Geschichten teilen - Konflikte verstehen. Kulturarbeit als Radikalisierungsprävention in der Einwanderungsgesellschaft, Gießen: Psychosozial, 2020

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS e. V.) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft: Ursachen internationaler Migration, 41. Jg., Heft 4/2019, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.): Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Der Beitrag der Zivilgesellschaft. Jahrbuch Engagementpolitik 2020, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Marx, Reinhard: Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht. Handbuch, Baden-Baden: Nomos, 7. Aufl., 2020

Masala, Carlo (Hg.): Grenzen. Multidimensionale Begrifflichkeit und aktuelle Debatten (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 35), Baden-Baden: Nomos, 2018

Saggel, Ester: Deine Identität - Meine Identität, 2. Aufl., Berlin 2019

Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (Hg.): IMIS-Beiträge, Heft 53/2020. Themenheft: Exil in der Bundesrepublik Deutschland. Bedingungen und Herausforderungen für Künstlerinnen und Künstler, Osnabrück 2020

Warrach, Nora/Drücker, Ansgar/Öznarçığe i, Serçe Berna: Feier- und Gedenktage der Migrationsgesellschaft (herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)), Düsseldorf 2019

Zentralrat der Juden in Deutschland (Hg.): Mutige Entdecker bleiben. Jüdische und muslimische Senioren im Gespräch (Schalom Aleikum Buchreihe, Bd. 1), Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2019

Zentralrat der Juden in Deutschland (Hg.): Perspektiven jüdischer Bildung. Diskurse - Erkenntnisse - Positionen, Bd. 2 (Schriftenreihe der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden, Bd. 2), Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2019 R

■ ... zum Thema Migrationspädagogik

Barsch, Sebastian/Degner, Bettina/Kühberger, Christoph/Lücke, Martin (Hg.): Handbuch Diversität im Geschichtsunterricht. Inklusive Geschichtsdidaktik, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein (Hg.): Es ist deine Kampagne - (Inter)Aktiv für eine lebendige Demokratie Projektdokumentation, Werneuchen/Werftpfuhl 2019

Zimmermann, David/Wininger, Michael/Finger-Trescher, Urte (Hg.): Migration, Flucht, Wandel. Herausforderungen für psychosoziale und pädagogische Arbeitsfelder (Jahrbuch für Psychoanalytische Pädagogik, Bd. 27), Gießen: Psychosozial, 2020

■ ... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e. V. (AJS NRW) (Hg.): Cyber-Mobbing begegnen - Prävention von Online-Konflikten. Arbeitshilfe zur Förderung von Medien- und Sozialkompetenz bei Kindern und Jugendlichen, Köln 2019

Fischer, Christian: Inklusion im Politikunterricht. Ein fallbezogener Denkanstoß (Kleine Reihe Politische Bildung), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

Gerarts, Katharina (Hg.): Methodenbuch Kinderrechte. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Kinderrechten für Politik & Co. (Kinderrechte und Bildung), Frankfurt a. M.: Debus Pädagogik, 2020

Himmelmann, Gerhard: Demokratie-Lernen in der Schule (Kleine Reihe Politische Bildung), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Jantschek, Ole/Lorenzen, Hanna im Auftrag der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (Hg.): Utopien! Praxiskonzepte für eine kritische, innovative und zukunftsfähige politische Jugendbildung. Jahrbuch 2019, Berlin 2019

■ ... zu Sonstigem

Farrenberg, Dominik/Schulz, Marc (Hg.): Handlungsfelder Sozialer Arbeit. Eine systematisierende Einführung, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Wunderer, Eva: Blitzlicht, Stimmungen, Gedanken und Eindrücke einfangen (Kartenset), Weinheim/Basel: Beltz, 2020

■ **Webinare zu diskriminierungs-, rassistis-
mus- und antisemitismuskritischen The-
men gibt es unter anderem bei folgenden
Anbietern:**

- FUMA – Fachstelle Gender und Diversity NRW, <https://www.gender-nrw.de>
- Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://www.fes.de/digital>
- Bildungsstätte Anne Frank, <https://www.bs-anne-frank.de>

■ **Web-Workshop: „Antifeministische
Positionen von Rechts erkennen**

Termin: 7. Mai 2020

Ort: online

Info:

Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. (KgK-JH)

Schönebecker Straße 82

39104 Magdeburg

Tel: 03 91 / 63 10 55 6

info@geschlechtergerechtejugend.de

<https://www.jissa.de/bildung/bundesweite-angebote/webworkshop-antifeministische-positionen.php?fromNewsletter=1#wEmpty>

<https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/aktuelles/#2734>

■ **Workshop: Vorurteilsbewusst handeln!
Anti-Bias in der Arbeit mit Kindern, Ju-
gendlichen und Erwachsenen**

Termin: 25. Mai 2020

Ort: Heppenheim

Info:

Susanne Kolb

Tel: 06 25 2 / 93 06 21

s.kolb@haus-am-maiberg.de

<https://www.haus-am-maiberg.de/veranstaltung/anti-bias/#anmelden>

■ **IDA-Online-Fachtage zum “Umgang mit
Rechtspopulismus in der Jugend(verbands)
arbeit”**

Termine: 15. bis 23. Juni 2020

Ort: online

Info:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55 65

info@idaev.de

<https://www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/anmeldung/register/result/reguid/hmac/ida-online-fachtag-zum-umgang-mit-rechtspopulismus-in-der-jugendverbandsarbeit/>

■ **Workshop: Wertschätzenden und res-
pektvollen Umgang in Kinder- und Jugend-
gruppen gestalten – Eine rassistismuskriti-
sche Fortbildungsreihe**

Termin: 20. Juni 2020

Ort: Mainz

Info:

<https://naju-rlp.jimdo.com/jugendliche/veranstaltungen/fobi-reihe-wertschätzung-respekt/>

■ **Seminar: Ohne Erinnerung keine Zu-
kunft – Auseinandersetzung mit der deut-
schen Kolonialgeschichte**

Termin: 29. Juni 2020

Ort: Heppenheim

Info:

Susanne Kolb

Tel: 062 52 / 93 06 21

s.kolb@haus-am-maiberg.de

<https://www.haus-am-maiberg.de/veranstaltung/anti-bias/#anmelden>

■ **„Ich bin nicht rassistisch, aber ...“
– Eine Einführung in die rassismuskritische Bildung im Elementarbereich**

Termin: 18. bis 19. August 2020
Ort: Berlin

Info:
Institut für den Situationsansatz (ISTA)
Muskauer Straße 53
10997 Berlin
Tel: 030 69 53 99 9-0
institut@situationsansatz.de
<https://www.situationsansatz.de/ich-bin-nicht-rassistisch-aber-eine-einfuehrung-in-die-rassismuskritische-bildung-im-elementarbereich.html>

■ **hjr-Fachtag: Rechtsextremismus**

Termin: 27. August 2020
Ort: tba

Info:
Kati Sesterhenn
<https://tinyurl.com/ycpyrka4>

■ **Train-the-Trainer-Fortbildung: Islam, antimuslimischer Rassismus und universelle Islamismusprävention**

Termin: 31. August bis 3. September 2020
Ort: Berlin

Info:
Jochen Müller
jochen.mueller@ufuq.de
<https://www.ufuq.de/train-the-trainer-fortbildung-2020/>

■ **Seminar: Immer fremder im eigenen Land? Jüdisches Leben in Deutschland**

Termin: 9. bis 13. September 2020
Ort: Berlin

Info:
Europäische Akademie Berlin
Ilona Rathert

Bismarckallee 46 / 48
14193 Berlin
Tel: 030 / 89 59 51 27
ir@eab-berlin.eu
<https://www.eab-berlin.eu/wp-content/uploads/Immer-fremder-im-eigenen-Land-29.08.2019.pdf>

■ **Fachtagung: 10. Baustelle Inklusion! „Aktivwerden gegen Diskriminierung - für eine demokratische Kultur in Kita und Schule!“**

Termin: 22. September 2020
Ort: Berlin

Info:
Festsaal der Berliner Stadtmission
Lehrter Str. 68
10557 Berlin
https://www.situationsansatz.de/files/texte%20ista/fachstelle_kinderwelten/kiwe_pdf/Programm_Baustelle_2020.pdf
<https://situationsansatz.de/fachtagungen.html>

■ **Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit**

Termin: 21. bis 23. September 2020
Ort: Nürnberg

Info:
<https://bundeskongress-kja.de/>

■ **Integrationspolitische Fachtagung: #zusammenfinden**

Termin: 5. Oktober 2020
Ort: steht noch nicht fest

Info:
Annette Schlicht, Annette.Schlicht@fes.de
Oliver Phillipp, Oliver.Phillipp@fes.de
Kristina Schatz, Kristina.Schatz@fes.de
Tel: 030 26 93 57 32 0
www.fes.de/zusammenfinden

■ **Qualifizierungsreihe: Gender- und diversitätsreflektierte Pädagogik im Kontext von Flucht und Migration**

Termin: 6. Oktober bis 26. November 2020
Ort: Essen und online

Info:
saskia.staible@gender-nrw.de
sarah.navarro@gender-nrw.de
<https://www.gender-nrw.de/digitale-lernwelten/connect-qualifizierungsreihe/>

■ **Tagung: I. Interdisziplinäre Antisemitismustagung für Nachwuchswissenschaftler*innen**

Termin: 8. bis 10. Oktober 2020
Ort: Trier

Info:
Andreas Borsch
iia-tagung@uni-trier.de
<https://www.hsozkult.de/event/id/termine-42785>

■ **IDA-Training „Eindeutig uneindeutig?“ – Ein Training zum Umgang mit Widersprüchen in der diskriminierungskritischen Jugendarbeit**

Termin: 9. und 10. Oktober 2020
Ort: Würzburg

Info:
Sebastian Seng und Nora Warrach
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.
Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55 65
info@idaev.de

■ **Zusatzausbildung: Trainer*in für Demokratie-Bildung**

Termin: 30. November 2020 bis 29. September 2021
Ort: Gauting

Info:
Karin Mais
Tel: 089 / 89 32 33-29
<https://www.institutgauting.de/seminare/2021-trainer-in-fuer-demokratie-bildung-kt-1/>

■ **Online-Bildungsangebote gegen Neonazismus, Rechtspopulismus und Rassismus**

Termin: nach Absprache
Ort: online

Info:
Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.
Rennweg 60
90489 Nürnberg
Birgit Mair
Tel: 09 11 / 54 055 934
info@isfbb.de

Liebe Leser*innen der IDA-Infomail, die Corona-Pandemie verändert nicht nur unsere Arbeit, sondern führt auch in den Themenbereichen des IDA zu neuen Entwicklungen. Einerseits kann die Konzentration auf Corona, wie das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik bemerkt, dazu beitragen, Rassismus in Deutschland zu dethematisieren: Der rechtsterroristische Anschlag von Hanau und die Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und auch in Deutschland drohen aus dem Blick zu geraten – und gerade die prekäre Lebenssituation von Geflüchteten wird bei der Corona-Bekämpfung marginalisiert. Andererseits machen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in Krisenzeiten keine Pause – es lässt sich vielmehr das Gegenteil beobachten: Veranstaltungen jüdischer Organisationen oder Schwarzer Dozent*innen werden per Zoom-Bombing attackiert und antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet. Menschen in Deutschland erleben antiasiatischen Rassismus oder Geflüchtete werden für die Verbreitung des Corona-Virus verantwortlich gemacht. Neonazis und andere extrem rechte Akteur*innen instrumentalisieren die soziale Isolation von Menschen, um ihre ausgrenzende Version der Solidarität zu propagieren. Und auf politischer Ebene scheinen Rechtspopulist*innen in aller Welt mit der Bewältigung der Krise überfordert zu sein. Das ändert nichts daran, dass auch sie das Thema entdeckt haben und sich vermutlich in den nächsten Wochen und Monaten stärker artikulieren werden, zumal, wenn die Exit-Strategien politisch und gesellschaftlich zunehmend umstritten sind. Wir haben uns daher entschlossen, auf diesen Sonderseiten zum Thema Corona Informationen zur Verfügung zu stellen, die die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in puncto Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Rechtsextremismus und weitere besondere Herausforderungen für die Migrationsgesellschaft beleuchten.

■ Newsletter des Netzwerks Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg zu rassistischen Morden von Hanau und zur Corona-Pandemie

Unter dem Titel „Corona und grenzenlose Solidarität“ hat das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg in seinem April-Newsletter Materialien zusammengestellt, die den Diskurs zu der Coronakrise in verschiedene Richtungen aus der nationalen Einengung befreien wollen. Das Netzwerk wollen damit gegen ein nationales „Wir“ darauf hinweisen, wie zum einen das Krisenmanagement in allen gesellschaftlichen Bereichen die bestehende Ungleichheit vergrößert, zum anderen sollen über die Grenzen hinaus solidarische Perspektiven aufrecht erhalten bleiben, allen voran auf die Situation der Geflüchteten an den Außengrenzen Europas. Beides auch vor dem Hintergrund der Bedeutung für Soziale Arbeit und Pädagogik. Dazu hat das Netzwerk Hintergrundtexte, Podcasts, Stellungnahmen und Aufrufe versammelt, die eingesehen werden können unter <https://www.rassismuskritik-bw.de/27-newsletter-rassismuskritische-migrationspaedagogik/>.

Zuvor hat das Netzwerk einen Sondernewsletter zum Themenschwerpunkt „Hanau, Ägäis und Corona“ herausgebracht, der unter <https://www.rassismuskritik-bw.de/sondernewsletter-hanau-aegaeis-corona/> nachgelesen werden kann. Auch hier versammelt das Netzwerk zahlreiche Materialien und dokumentiert rassismuskritische Stimmen in der gesellschaftlichen Debatte um diese drei Themenkomplexe.

■ Diskriminierung von Rom*nja in Europa in der Corona-Krise

Diskriminierungen und Ressentiments gegenüber Roma und Sinti sind weit verbreitet. Das Roma Antidiscrimination Network bietet Betroffenen, die in Schulen, Behörden, bei der Arbeit, bei der Wohnsituation, im Gesundheitswesen und an anderen Orten benachteiligt werden und

wurden, Hilfestellung an. RAN baut ein Antidiskriminierungsnetzwerk auf und unterstützt die Minderheit bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor Benachteiligungen. RAN informiert fortlaufend über die Situation von Rom*nja in der Corona-Krise unter <https://ran.eu.com/category/artikel/>.

■ Diskriminierungskritische Quergedanken des adis zum Umgang mit der Corona-Krise

Wie andere Institutionen auch ist adis e. V. zur Zeit damit konfrontiert, was Social Distancing bedeutet in Kontexten, die im Normalzustand von sozialer Ausgrenzung geprägt sind. Welche Auswirkungen hat die Krise auf die Adressat*innen der Angebote eines freien Trägers der Jugendarbeit und wie kann dem in der Arbeit Rechnung getragen werden? Zu diesen Fragen haben zahlreiche adis-Kolleg*innen einen Text "Diskriminierungskritische Fragen und Quergedanken zum Umgang mit der Corona-Krise", verfasst der unter folgendem Link zur Verfügung steht <https://adis-ev.de/wp-content/uploads/2020/03/Diskriminierungskritische-Quergedanken-zur-Corona-Krise.pdf>.

■ DIMR fordert: Menschenrechte müssen das politische Handeln in der Corona-Pandemie leiten

Seit dem 23. März 2020 gilt auch in Deutschland eine weitreichende Kontaktbeschränkung, die den sozialen Austausch außerhalb des eigenen Hausstands erheblich einschränkt. Die Corona-Krise hat eine besondere menschenrechtliche Dimension: Es geht um den Schutz eines zentralen Menschenrechts für große Teile der Menschheit; die Bewältigung der Krise hat vielfache Auswirkungen auf die Verwirklichung und den Schutz der Menschenrechte. Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert Bund und Länder auf, die Maßnahmen zur Bekämpfung

der Corona-Pandemie an den Menschenrechten auszurichten. Die Stellungnahme kann nachgelesen werden unter https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme_Coronakrise_Menschenrechte_muessen_das_politische_Handeln_leiten.pdf.



■ Europäische Menschenrechtsorganisationen: Solidarische Gesellschaften sind widerstandsfähiger

Während immer mehr Länder Maßnahmen einführen, um die Gesundheit der Bevölkerung vor der aktuellen Gefahr zu schützen, müsse daran erinnert werden, dass eine auf Solidarität und Inklusion beruhende Gesellschaft unter sich rasch ändernden Umständen widerstandsfähiger ist, erklärten die Leiter*innen dreier europäischer Menschenrechtsorganisationen zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März.

Die rasche Ausbreitung des neuartigen Coronavirus über Kontinente und Ländergrenzen hinweg darf nicht als Entschuldigung für rassistisch motivierte Diskriminierung und Hassdelikte dienen, und deren Opfer müssen umgehend unterstützt werden, so die Leiter*innen des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und der Kommission des Europarates gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI). Weitere Informationen stehen unter <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/europa/artikel/internationaler-tag-gegen-rassismus-solidarische-gesellschaften-sind-widerstandsfaeiger/> bereit.



■ NdM ziehen aus der Corona-Krise Lehren für guten Journalismus

In einer Stellungnahme zieht der Vorstand der Neuen deutschen Medienmacher*innen vom 16. April 2020 Lehren, die den Journalismus nachhaltig und zum Besseren verändern sollen. Erstens brauche eine ausgeglichene Berichterstattung keine Rechtspopulist*innen. Denn sie haben "zur gesellschaftlichen und politischen Debatte kaum anderes beizutragen als Angstmache, Diskriminierung, Verschwörungstheorien und Hetze." Zweitens helfe es, nicht nur in der Corona-Berichterstattung, sondern auch bei oft impulsiv geführten öffentlichen Debatten um Migration, Integration und Rassismus wissenschaftliche Expertise einzubinden. Drittens zeigten aktuelle Statistiken deutlich: "Hohe Nachfrage geht auch ohne Panikmache. [...] Nicht mehr die lauten Medien, die mit Stimmungsmache trommeln, sind gefragt, sondern jene, die sachlich informieren, ohne bewusst Ängste zu schüren. Seriosität und Sachlichkeit zahlen sich aus." Viertens müssen sowohl die Redaktionen als auch die Berichterstattung die Perspektiven aller gesellschaftlichen Gruppen widerspiegeln.

Die vollständige Stellungnahme ist einsehbar unter <https://www.neuemedienmacher.de/lehren-aus-der-corona-krise/>.



■ Geflüchtete Menschen mit Behinderung vor Corona schützen – Infektionsrisiken senken

Handicap International (HI) fordert die Ministerpräsident*innen der Bundesländer auf, geflüchtete Menschen mit Behinderung und chro-

nischen Krankheiten vorbeugend in dezentrale Unterkünfte zu verlegen. Diesen Menschen droht bei einer Infektion mit dem Virus SARS-CoV-2 schnell ein lebensbedrohlicher Krankheitsverlauf. Politik und Verwaltung müssten sofort handeln, um das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit bestmöglich zu wahren und Geflüchtete mit Behinderung darin zu unterstützen, sich vor einer Erkrankung zu schützen.

Zum vollständigen Appell geht es unter https://handicap-international.de/sn_uploads/de/document/Gefluchtete_Menschen_mit_Behinderung_vor_Corona_schutzen_-_Infektionsrisiken_senken.pdf.

■ Medico international – Solidarität in Zeiten der Pandemie

Medico international hat sich in einem Brief vor dem Osterwochenende an die medico-Freund*innen und -Unterstützer*innen gewandt:



Nie zuvor stand die Welt, und dieses Mal wirklich die ganze Welt, vor einer solchen Herausforderung. Trotz der Grenzziehungen, die nun überall als Mittel der Wahl zur Sicherung des eigenen Territoriums vor dem Coronavirus durchgeführt werden, wissen wir doch alle: Dies ist eine weltumspannende Gefahr für die Gesundheit von Millionen von Menschen in aller Welt. Und angesichts der Gefahr für unser bloßes Leben wissen wir das nicht nur, wir glauben es auch. Dies könnte ein Schritt zum anderen Dasein in der Welt für jeden und jede von uns bedeuten.

So, wie wir verstehen, dass Bewegungs- und Kontakteinschränkungen für uns alle vor allen Dingen die Gefährdetsten unter uns schützen, so können wir angesichts von Corona heute auch mit unseren Gefühlen begreifen, was die Ausbreitung von Corona für die Gefährdetsten in der Welt bedeuten kann: In den Flüchtlingslagern auf Lesbos, in den Lagern im syrischen Idlib, in den Ausschlusszonen vom Gaza-Streifen oder

in den Elendsviertel von Nairobi, in Dhaka oder Karatschi bei den Näherinnen, die noch bevor Corona sie bedroht, vor der Frage stehen, wie sie ihre Familien ernähren sollen, weil sie ihre Arbeit verloren haben.

Es ist eine Katastrophe und zugleich eine Chance. Denn nun können wir nicht mehr in Wir und Sie trennen. Die Ausbreitung von Corona hat die Weltelite unbewusst in ihren Geschäftsflügen von Wuhan aus vorgenommen. Heute stehen europäische Campingbusse in langen Schlangen und ohne jede Versorgung dort, wo bis dato Geflüchtete Einlass nach Europa suchten: in Ceuta und Melilla, der spanischen Enklave in Marokko. Zygmunt Baumanns Beschreibung einer Weltspaltung in Touristen und Vagabunden - die Bewohnerinnen und Bewohner des globalen Nordens vagabundieren freiwillig, während die Vagabunden des globalen Südens aus Zwang reisen müssen und ständigen Repressalien ausgesetzt sind - ist nun zeitweise aufgehoben.

Unser eigener Schutz hängt vom Schutz anderer Menschen ab, die wir nicht kennen und deren Lebensweise wir nicht ganz verstehen. Solidarität, das wird heute so klar wie selten, ist keine Angelegenheit unter Seines- oder Ihresgleichen mehr, Solidarität, der Schutz und der Ausbau des Gemeinwohls, und nicht die Ökonomie sind heute das Primat in einer Corona- und möglicherweise auch in einer Postcorona-Welt: Die Internationale erkämpft das Menschenrecht – diese Weise, die manche beim Händewaschen summen, hat eine ganz neue Bedeutung bekommen.

Der gesamte Brief kann unter folgendem Link nachgelesen werden: <https://www.medico.de/newsletter-system/042020-ein-brief-an-unser-freunde/>.

Unter <https://www.medico.de/corona-solidaritaet-in-zeiten-der-pandemie/> stellt medico in einem fortlaufend aktualisierten Corona-Dossier Berichte aus Projektregionen, Hintergründe zur Gesundheitspolitik und Meinungsbeiträge zur Pandemie und ihren sozialen Folgen zusammen.

■ Geflüchtete als Erntehelfer*innen – Absurde Beschäftigungsverbote müssen nun beseitigt werden

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen mahnt, dass Asylsuchende nicht als frei verfügbare Arbeitsreserve betrachtet werden dürfen. Wer als Arbeitskraft gebraucht wird, muss auch ein Bleiberecht erhalten. Weiterhin fordert der Flüchtlingsrat, die diskriminierende Gesetzeslage zu ändern: Menschen im Asylverfahren und Geduldete müssen frühzeitig uneingeschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Beschäftigungsverbote dürfen von Ausländerbehörden nicht als Sanktionsmittel angewendet werden, um Asylsuchende unter Druck zu setzen. Das diskriminierende und rechtlich fragwürdige Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“ muss aufgegeben und auch Asylsuchenden aus diesen Ländern die Beschäftigung frühzeitig erlaubt werden. Schließlich weist der Flüchtlingsrat aufkommende Debatten über die Senkung des Mindestlohns entschieden zurück. Geflüchtete, die als Erntehelfer*innen arbeiten, haben, wie alle anderen auch, Anspruch auf eine anständige Entlohnung.

Die vollständige Presseinformation kann nachgelesen werden unter <https://www.nds-fluerat.org/42679/aktuelles/wer-als-arbeitskraft-gebraucht-wird-muss-auch-ein-bleiberecht-erhalten/>.

*Aktionsgemeinschaft
Junge Flüchtlinge
in NRW*

■ Junge Geflüchtete vor Corona und Traumata schützen – Dezentrale Unterbringung jetzt

In einem Appell prangert die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW die derzeitige Situation geflüchteter Menschen, besonders

von Kindern und Jugendlichen, in den Camps an den europäischen Außengrenzen an. Angesichts der desolaten Situation z. B. auf Lesbos, wirke das wochenlange Ringen um die Aufnahme von lediglich 47 unbegleiteten Minderjährigen am 18. April 2020 geradezu zynisch.

Daneben kritisiert die für Kinder und Jugendliche traumatisierende und gefährdende Situation in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen in NRW: "Mehrbettzimmer, fehlende Rückzugsmöglichkeiten und die Benutzung der Sanitäranlagen von vielen Personen bieten derzeit nicht die notwendigen Hygienestandards." Dass das Land NRW die Zuweisung von Asylsuchenden in die Kommunen ausgesetzt hat, schränke nun die ohnehin geringen Teilhabechancen an Bildung, Förderung und Freizeitangeboten noch weiter ein.

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge NRW fordert die Räumung der grenznahen Flüchtlingscamps und insbesondere die beschleunigte Aufnahme – auch in NRW – von Kindern und Jugendlichen in dieser Krisensituation. Sie appelliert an die Landesregierung, es umgehend zu ermöglichen, dass Kinder, Jugendliche und Familien mit Kindern, unabhängig von ihrer Bleibeperspektive, in die Kommunen zugewiesen und dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Und sie fordert mit Blick auf junge Geflüchtete die Schaffung von menschen- und kinderrechtskonformen Lebensbedingungen sowie Teilhabechancen – auch in der Krise.

Der vollständige Appell ist online einsehbar unter https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2020/04/Appell_April-2020.pdf.

■ Appell gegen die Abschottung Europas – "Aufnehmen statt sterben lassen! Die Faschisierung Europas stoppen!"

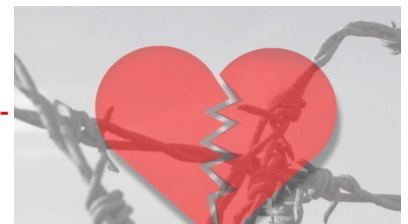
Initiativen und Vereine der Geflüchtetenhilfe und kritischen Migrations- und Rassismusforschung haben sich in einem Appell am 17. März 2020 an die Öffentlichkeit gewandt. Darin wer-

den die brutale Abschottung Europas an der griechisch-türkischen Grenzen, die Verletzung von Menschenrechten, Europarecht und Genfer Flüchtlingskonvention und Angriffe von Neonazis auf freiwillige Helfer*innen und Mitarbeitende internationaler Organisationen auf den griechischen Inseln kritisiert. Die Unterzeichner*innen des Appells fordern u. a. die sofortige Evakuierung aller Migrant*innen von den griechischen Inseln und aus allen überfüllten Lagersituationen, den sofortigen Stopp der staatlichen Gewalt und der Ermordung von Migrant*innen an den Außengrenzen, die Wiederherstellung des Asylrechts, rechtsstaatlicher Asylverfahren und die Demilitarisierung der Außengrenze, die Aufnahme der Menschen in den solidarischen Städten und eine europäische Politik, die selbst nicht andauernd Fluchtursachen produzieren.

Der gesamte Appell kann nachgelesen werden auf <https://www.medico.de/aufnehmen-statt-sterben-lassen-17671/>.

■ Rettungsschirm für binationale Paare

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften weist in einer Pressemitteilung vom 26. März 2020 auf die Gefährdungen des familiären Zusammenlebens binationaler Familien und Partnerschaften durch die Corona-Beschränkungen hin. Die Pressemitteilung kann nachgelesen werden auf https://www.verband-binationaler.de/fileadmin/Dokumente/PDF_2020/PM_Corona_Rettungsschirm_fuer_Binationale.pdf. Darüber hinaus hat der Verband eine Petition gestartet, die unter folgendem Link unterzeichnet werden kann <https://www.change.org/p/horst-seehofer-ein-recht-auf-familie-corona-rettungsschirm-fuer-paare>.



■ Gemeindeleben in Zeiten von Corona

Moscheen sind geschlossen, die Gemeinschaftsgebete wurden ausgesetzt. Spendengelder fallen weg. Was bedeutet das für die Gemeinden? Und welche Angebote gibt es derzeit für Muslim*innen? Der Mediendienst Integration hat bei Islam-Verbänden nachgefragt: <https://mediendienst-integration.de/artikel/gemeindeleben-in-zeiten-von-corona>.

■ Mit dem Coronavirus verbreitet sich auch der Antisemitismus

In einer Erklärung warnt die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) davor, dass die Corona-Krise antisemitische Stereotype, Hassbotschaften und Verschwörungsfantasien befeuert: "In Zeiten von Corona verbreitet sich auch das Virus des Antisemitismus und sorgt für ein Klima von Hass und Hetze." Deshalb fordert die DIG antisemitischer Corona-Hetze aktiv entgegenzutreten. Auch wenn die staatlichen Stellen zuvorderst in der Verantwortung seien, liege es an allen, wachsam gegenüber antisemitischer Corona-Hetze zu sein und diese auch zu melden: "Nur gemeinsam können wir neben dem Virus auch die Ausbreitung des Antisemitismus eindämmen und zurückdrängen", so die DIG. Die vollständige Pressemitteilung ist zu finden unter <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/pressemitteilung/mit-dem-coronavirus-verbreitet-sich-auch-der-judenhass/>.

■ Argumentationsmuster von Verschwörungstheorien in Zeiten von Corona

Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich mit Verschwörungserzählungen in Zeiten von Corona beschäftigt. Tom Uhlig schreibt über Funktion und Argumentationsmuster dieser Theorien und ihre sozialpsychologische Funktion: <https://www.belltower.news/argumentationsmuster-verschwoe->



[rungenstheorien-in-zeiten-von-corona-98189/](https://www.belltower.news/argumentationsmuster-verschwoerungstheorien-in-zeiten-von-corona-98189/).

■ Coronavirus-Querfront – Keine Abgrenzung nach rechtsaußen

Die Amadeu Antonio Stiftung erläutert (<https://www.belltower.news/coronavirus-querfront-keine-abgrenzung-nach-rechtsausen-98345/>), dass die Coronavirus-Krise fast auf der ganzen Welt zu Grundrechtseinschränkungen geführt hat. Dagegen regt sich auch Protest. Seit drei Wochen wird, so Stefan Lauer in seinem Artikel, hauptsächlich in Berlin von einer nach eigenen Angaben „antifaschistischen“ Gruppe dagegen protestiert, dies allerdings Hand in Hand mit russischen Staatstrollen, Verschwörungsideolog*innen, Rechtsaußen-Akteur*innen und Q-Gläubigen (Begriffserläuterung unter <https://www.belltower.news/adrenochrome-q-kindesmissbrauch-corona-und-der-tiefe-staat-98197/>).

■ Compact-Magazin und Corona – Welt wirrer Widersprüche

Wenig überraschend hat auch das extrem rechte „COMPACT - Magazin für Souveränität“ um Chefredakteur Jürgen Elsässer das Thema Corona-Virus aufgegriffen und kritisiert die Vielzahl an Sondersendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gleichzeitig wird aber das eigene Angebot massiv ausgebaut und nahezu täglich über das Virus berichtet. Dabei werden wiederholt Verschwörungsmymen verbreitet, erläutert Timo Büchner auf <https://www.belltower.news/compact-magazin-und-corona-welt-wirrer-widersprueche-98159/>.

■ Corona-Nazi-Helfer – Wo Solidarität nur für „Deutsche“ gilt

Nach vielen Hilfs- und Unterstützungsangeboten in der Coronakrise von sozialen und empathischen Nachbar*innen mehrten sich auch „Hilfsangebote“ von Rechtsextremen aller Art. Ihnen geht es nicht in erster Linie um Hilfe, sondern um die Verbreitung von Rassismus,

Selbstinszenierung und Kontaktaufnahme, erläutert Simone Rafael von der Amadeu Antonio Stiftung auf Basis einer Recherche von Miro Dittrich auf <https://www.belltower.news/corona-nazi-helfer-wo-solidaritaet-nur-fuer-deutsche-gilt-97311/>. Das erinnert an die späten 1990er und frühen 2000er Jahre, als vor allem die NPD mit dem Slogan „Sozial geht nur national“ Hausaufgabenhilfe, Jugendarbeit, Bürgerberatung oder Obdachlosenhilfe „nur für Deutsche“ anbot, um Kontakte in die nicht-rechte Bevölkerung zu knüpfen und ihre Ideologie zu verbreiten.

■ Rechte Szene und Corona-Verschwörungsideologien

Auch das Infoportal Blick nach Rechts beschäftigt sich unter <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/rechte-szene-im-corona-alltag> mit der extrem rechten Szene im Corona-Alltag. Horst Freires beschreibt, wie das extrem rechte Spektrum die Echokammer mit Verschwörungsideologien füllt und Organisationen wie „Ein Prozent“ oder die „Junge Alternative“ versuchen, mit medialen Angeboten Aufmerksamkeit zu erregen.

■ Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe bietet Themenspecial Coronavirus



**Fachkräfteportal
der Kinder- und Jugendhilfe**

Die Jugend(verbands)arbeit verändert sich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie ganz erheblich. Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe hat aufgrund der aktuellen Lage ein Themenspecial Coronavirus (<https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/coronavirus/>) eingerichtet, das sukzessive weiterentwickelt wird. Zu finden sind dort bundesweite Stellungnahmen, Aufrufe, FAQs, Lernangebote sowie zahlreiche Informationen zu den Auswirkungen auf die Arbeit der Fachkräfte und die Existenz der Träger,

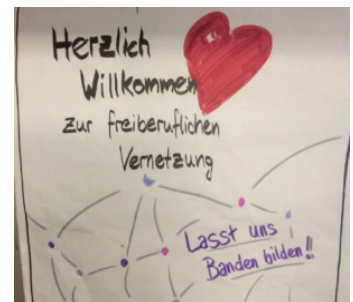
Verbände und Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Auch der Deutsche Bundesjugendring hat unter folgendem Link eine Corona-Sonderseite eingerichtet: <https://www.dbjr.de/xtra/corona/>.

■ Klassismus- und rassismusrelevante Herausforderungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die Praxisstelle ju:an der Amadeu-Antonio-Stiftung beschäftigt sich damit, wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten aussieht, wenn Jugendclubs geschlossen werden und sichere Räume fehlen. Denn dies birgt auch klassismus- und rassismusrelevante Herausforderungen, siehe <https://www.belltower.news/klassismus-was-geht-in-der-offenen-jugendarbeit-in-zeiten-des-coronavirus-98723/>.

■ Öffentliches Statement Freiberuflicher in der emanzipatorischen Bildungsarbeit - Demokratie gestalten ist systemrelevant

In einem Statement weist ein Netzwerk freiberuflicher Trainer*innen in der emanzipatorischen Bildungsarbeit auf die existenzbedrohenden Folgen der Corona-Pandemie für sie hin, die ohnehin prekäre Arbeitsbedingungen noch verschärft. Dies steht in krassem Gegensatz dazu, dass



non-formale emanzipatorische Bildungsarbeit gerade in der Corona-Krise unverzichtbar für eine demokratische Gesellschaft ist. Zwar können sie ihre Rolle gerade nicht wahrnehmen, aber es sei wichtig, zumindest auf diesen Verlust hinzuweisen, damit er nicht zur Norm werde. Das vollständige Statement kann nachgelesen werden unter <http://gute-sache-welcher-preis.de/2020/04/01/bildung-systemrelevant/>.

■ **bap fordert: "Die Träger der politischen Bildung gehören unter den Corona-Schutzschirm der Bundesregierung! Es geht um die Existenz."**

"Politische Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft und hilft, diese solidarisch und gemeinschaftlich zu gestalten.



Doch durch die Corona-Pandemie ist die politische Bildung – die vor allem von Veranstaltungen lebt

– in ihrer Existenz bedroht. Politische Bildung ist aber gerade in Krisenzeiten elementar. Um die außerschulische politische Bildung jetzt und nach der Krise aufrechterhalten zu können, fordern wir eine stärkere Unterstützung der außerschulischen Bildung durch die Bundesregierung," schreibt Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) e. V. in einem Appell vom 17. März 2020. Und weiter: „Politische Bildung, das haben die jüngsten Geschehnisse des Rechts-Extremismus und Rechtsterrorismus gezeigt, ist für den Staat und für die Gesellschaft der Bundesrepublik wichtiger denn je. Die Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung erfüllen eine unverzichtbare Aufgabe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der gerade jetzt gefordert ist."

Der vollständige Appell mit den Forderungen an die Bundesregierung kann nachgelesen werden unter <https://www.bap-politischebildung.de/es-geht-um-die-existenz/>.

■ **Informationen zum Corona-Virus in verschiedenen Sprachen aus gesicherten Quellen**

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG & AFS) hat in einer Sonderausgabe ihres Newsletters „Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen“ Links zu mehrsprachigem Informationsmaterial über CoViD-19 aus gesicherten Quellen zusammengestellt. Der Newsletter ist zu finden unter www.gesundheit-nds.de/index.php/medien/newsletter/214-interkulturelle-oeffnung.

■ **Mehrsprachige Infos zum Arbeitsrecht in der Corona-Krise**

Das Projekt Faire Integration im IQ Netzwerk bietet für den Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Mai 2020 eine erweiterte mehrsprachige Beratung per Telefon und per Email zu Fragen des Arbeitsrechts vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie an. Die Liste der Beratungstelefone mit den Ansprechpartner*innen in den unterschiedlichen Sprachen ist unter folgendem Link zu finden: <https://www.faire-integration.de/de/article/531.bundesweite-telefonische-beratung-wir-sind-weiterhin-für-sie-da.html>.

Weiterhin hat das Projekt Faire Integration einen Fragen- und Antworten-Katalog rund um arbeitsrechtliche Themen, die sich aus der Corona-Krise ergeben, erstellt. Diese Informationen sind bisher auf Deutsch und Englisch erschienen und werden gegenwärtig auf Arabisch übersetzt. Der Fragenkatalog ist hier einsehbar <https://www.faire-integration.de/de/article/524.faq-corona-und-arbeitsrecht.html>.

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Nora Warrach, Sebastian Seng

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.